Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Entgegen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiler Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittig 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 6 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 16

Sonnabend, den 22. April 1922

26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streif-, Zugzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Sperr-, Streif-, Zugzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

Gesperrt:

Betrieb Reiner in Augsburg-Pfersee. In Merseburg Platz Grünick. In Bremen die Grabsteingeschäfte: Berger und Traupe, S. Nidel, Kurt Winter, Grimscheel, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wehr und Co. In Aurich Betrieb Friedrich Harms. In Herbede der Betrieb Buchmayer. Die Betriebe der Firma G. Martisch in Döberstüch, Stiebitz und Niederburg in der Lausitz (Zahlstelle Bautzen). In Lauterbach Wildhauer Johann Kehler und Söhne. In Neugersdorf das Grabsteingeschäft von Stange. In Bodum die Kunststeinfabrik Kluge. Der Betrieb J. M. V. Gasteiger in Gundelsheim. In Gaubüttelbrunn (fränkisches Rastfeldsteingebiet) die Firma Hoffmann & Sohn. In Berlin Firma Gruber (Marmor). In Löwenberg (Schles.) Firma Robert Ende.

Streif:

In Paderborn (sämtliche Betriebe). In Breslau (Kunststeinfabriken). In Jannowitz (Firma Kulmich, Striegau).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streif von Waldenburg (Schlesien) Betrieb Werner & Sohn. Von Wildemann (Betrieb Kappel u. Co.). Von Osnabrück. Von Steinkrug b. Bennigsen Firma Mensing. Von Ostfriesland (Emden, Aurich usw.). Von Thüste b. Eschershausen (Firmen A. Schlicher und Heim. Göttdie). Von Jöbenbüren. Von Walsdorf b. Geestemünde.

Erlebte Bewegungen.

Bernburg-Alstedt. Die Stundenlöhne für Steinhauer erhöhen sich vom 16. April an um 3 M. und vom 1. Mai an um weiter 1 M. — Die Abfahrsätze sind vom 16. April an um das Doppelte, vom 1. Mai an um das 27fache der sogenannten Friedenssätze erhöht.

Magdeburg. Vom 1. April an Stundenlohn für Steinmehlen 20.15 M.

Schlesisches Sandsteingebiet. Der Streif wurde mit Erfolg beendet.

Mayen. Die Löhne sind laut Schiedsspruch für das Basaltlabagebiet wie folgt festgesetzt für die Zeit vom 25. 3. — 7. 4. — 21. 4. 22. 4. — 5. 5. 22.

	1710 Proz.	1860 Proz.	1940 Proz.
1. Steinmehlen im Afford erhalten auf Tarif Nr. 5	64.80 M.	70.20 M.	72.90 M.
2. Pflastersteine pro 100 Stück			
a) 16/18	56.40 „	61.10 „	63.45 „
b) 1. Sorte	37.45 „	40.60 „	42.10 „
c) 2. Sorte	138.25 „	149.80 „	155.50 „
d) Franz. St. 14/20—16	31.70 „	34.30 „	35.65 „
e) Pflastersteinflächer			
3. Steinmehlen, Stöber und Steinbrecher erhalten	14.40 „	15.60 „	16.20 „
4. Ungelernte Arbeiter erhalten			
über 22 Jahre	11.50 „	12.50 „	13. — „
über 20 Jahre	11.90 „	12.20 „	12.70 „
über 18 Jahre	9.85 „	10.70 „	11.10 „
über 17 Jahre	7.20 „	7.80 „	8.10 „
über 16 Jahre	5.80 „	6.25 „	6.50 „
5. Aufladen der Haupteine	1.50 „	1.60 „	1.70 „
Aufladen der Pflastersteine	1.20 „	1.30 „	1.40 „
6. Schloffer erhalten	14.40 „	15.60 „	16.20 „
Silfschloffer erhalten	13.70 „	14.80 „	15.40 „

Die Abmachungen über die Gestaltung und das Schärfen der Werkzeuge bleibt wie bisher bestehen. Dieses Abkommen kann nur unter Innehaltung einer 14tägigen Frist gekündigt werden, das heißt frühestens am 22. April 1922 zum 5. Mai 1922.

Unterförmel b. Coburg. Die Mabatierarbeiter erreichten auf die Lohnsätze eine Zulage von 30 Prozent ab 1. April 1922.

Mainlat-Sandsteinarbeiter (Unterer Main). Auf alle Stundenlöhne und die Lehrlingsbezüge, desgleichen Säureträgerarbeiten wurde vom 16. April an eine Zulage von 30 Prozent gewährt. Knüpfelgeld beträgt bei Nichtstellung durch den Unternehmer 5 M. pro Monat. Weggeld beträgt 25 Pfennig pro Stunde.

Bremen. Der Stundenlohn der Sandsteinmehlen beträgt vom 1. April an 29 M., vom 15. bis 27. April 30 M. bei siebenstündiger Arbeitszeit.

Stade. Vom 15. April an beträgt der Stundenlohn 20 M.

Nachen. Die Löhne der Steinmehlen und Marmorhauer betragen ab 22. März 18.60 M., ab 8. April 20 M. Werkzeugvergütung 3 Prozent des verdienten Lohnes. Nach einem Jahre erhält jeder Arbeiter Urlaub unter folgender Einteilung: Ist er 4 Monate in einem Betrieb = 1 Tag, bei 8 Monaten = 2 Tage, und bis zu 1 Jahr = 3 Tage. Im 2. Jahre 4, im 3. Jahre 5 und im 4. Jahre 6 Tage Urlaub. Bei auswärtigen Arbeiten wird Fahrgeid, Mittagessen und 12 M. vergütet. Beim Uebernehmen Kott, Logis und 15 M., sowie Hin- und Rückfahrt. Für Ueberstunden werden 25, Nachtarbeit 50 und Sonntagsarbeit 100 Prozent mehr bezahlt.

Die Anträge zum Verbandstage.

In Nr. 14 und 15 des „Steinarbeiters“ wurden die Forderungen, Wünsche und Meinungen der Verbandsmitglieder, die der bevorstehende Verbandstag erfüllen, berücksichtigen oder sich zu eigen machen soll, in Form von Anträgen veröffentlicht. Diese Anträge sind, allgemein betrachtet, eine teilweise Widerspiegelung der bisher in unserer Zeitung gepflogenen Aussprache. Insgesamt sind es 174 Anträge und zweifellos haben die Kollegen und Kolleginnen, denen ihre gewerkschaftliche Organisation in Form und Leistung, sowie an innerem Gehalt nicht gleichgültig ist, mit Inter-

esse und Eifer die Durchsicht und Durcharbeit der Anträge vollzogen. Ihre Beurteilung ist selbstverständlich keine gleichmäßige, denn die einzelnen Verbandsmitglieder oder ihre geschlossene örtliche Zusammenfassung in Zahlstellen ist in der Bewertung alles dessen, was mit der Gewerkschaftsbewegung allgemein und mit unserem Verband im besondern zusammenhängt, zu verschiedenen eingestuft und veranlagt. Daher ist es erklärlich, wenn beim Durchlesen der Anträge das eine Mitglied sagt: „Der Antrag ist notwendig und muß erfüllt werden!“ Während ein anderes Mitglied zu demselben Antrag sagt oder denkt: „Nichts zu machen!“ Diese gegensätzliche Anschauung in ein und derselben Sache nur möglichst unter einen Hut zu bringen, bildet die schwierige Aufgabe der Verbandsstagsdelegierten. Mancher Kampfhahn in unsern Reihen freut sich auf seine Art, an dieser schwierigen Aufgabe mitzuwirken.

An Hand der Anträge kann die Frage aufgeworfen werden, ob sie alle ausnahmslos gestellt wurden, um die Organisation und letzten Endes jedem einzelnen Mitgliede zu dienen? Diese Frage mag bejaht werden, denn wohl kaum hat ein Mitglied in seiner Zahlstelle oder auf Konferenzen die Anregung zu Anträgen gegeben, um die Organisation damit zu schädigen; das wäre ja auch widersinnig, wenn ein Mitglied schädigen wollte, was ihm im wirtschaftlichen Existenzkampf schützen und stützen, finanziell und ideell helfen soll. Wir sagen deshalb ohne Einschränkung: Alle vorliegenden Anträge sind formuliert und eingebracht worden im guten Glauben, der Organisation, ihren Aufgaben und Zielen zu dienen und damit der Arbeiterbewegung allgemein. Diese Kennzeichnung der Anträge wollen wir auch ausdehnen auf jene, deren Ursprung nicht in den Köpfen einzelner unserer Mitglieder zu suchen ist, sondern die nach uns bekannten und vorliegenden Unterlagen in einer gewissen Berliner — Zentrale fabriziert wurden und die fast allen Verbandsstagen vorliegen, die in nächster Zeit zusammen-treten. Jene Zahlstellen, die diese Anträge teilweise unbewußt deren Ursprungs, einfach übernommen haben, sollen nicht genannt werden, sie sind ohnedies sehr leicht herauszufinden. Der Verbandstag wird diese berufsfremden Anträge sicherlich verdauen können, darüber wird kaum ein Zweifel bei den Einreichern und auch denen, die dahinterstehen, vorhanden sein.

Unter den übrigen Anträgen sind nun einige vorhanden, über die ein Wort zu verlieren wirklich schade ist; trotz allem voraus-gesetzten guten Glauben, in dem sie erhoben wurden. Auch diese Anträge brauchen nicht extra genannt werden, weil sie mit Leichtigkeit herauszufinden sind, denn sie rennen tatsächlich offene Türen ein. Die betreffenden Antragsteller haben gewollt und vielleicht auch ungewollt ihren Gesichtskreis sehr eng gezogen, sie sehen Bergigen, wo es der Sache gilt, sie sehen Politik, wo Wirtschaftliches in Frage kommt, sie sehen Macht, wo Ohnmacht steht, sehen Kampf, wo keiner ist und das selbe umgekehrt. Diese Beurteilung der Sache und ihre gedachte Aenderung durch Verbandsstagsbeschlüsse liegt nicht immer im Willen und Willen, liegt einfach am Können. Deshalb wollen wir mit denen durchaus nicht rechten. In mehr wie einer Einsendung zum Verbandstag wurde dem Sinne nach geschrieben: „Wenn der Verband es nur ertragen könnte, müßten alle jene nacheinander an verantwortungsvolle Stelle der Organisation berufen werden, um den Nachweis zu erbringen, wie es besser, einfacher und wirksamer gemacht werden kann!“ Der Verbandstag hat das natürlich durchaus in der Hand, und wenn die Mehrheit es schließlich für angebracht hält, wird es jedenfalls auch ausgeführt. Schon bei früheren Verbandsstagenanträgen war stets zu konstatieren, daß mancher Antragsteller alle Erlebungen in Ursache und Wirkung von einer direkt verquollenen Seite betrachtete, dazu in jeder Sache ein Rezept trägt zu irgendeiner Verbandsheilwirkung. Manchmal sind es sogar Rezepte, die schon recht alt sind, aber trotz ihres Alters nicht zur Anwendung kamen, weil jeder Verständige einsehbar, daß sie eine Eisenbarrikade empfehlen.

Die Anträge, die zum Geschäftsbericht unter a) vorliegen, zählen bis 4. Großes Gewicht haben sie kaum, denn unsere Organisation war bisher immer eine Kampforanisation und wird es auch bleiben. Alle Errungenschaften sind aus dem Kampf hervorgegangen und Kampf ist nicht gleichbedeutend mit Arbeitseinstellung. Letzteres ist nur eine jener Formen im gewerkschaftlichen Kampf. Die Form und der Zeitpunkt des Kampfes richtet sich nach verschiedenen Voraussetzungen und wird daher selbst erwählt. Die Hauptsache ist auch nicht der Kampf an sich, sondern der Erfolg und nur des Erfolges wegen führen wir unsere Kämpfe. Nun spielt die Rüstung zum Kampf allerdings stets eine große und ausschlaggebende Rolle, sie gibt in der Vertragsleistung und Gegenleistung und in der Ueberzeugung von der Erreichung des Kampfobjekts.

Im Tarifwesen unter b) sind 22 Anträge eingereicht, ein Zeichen der Bedeutung dieser Angelegenheit. In diesen Anträgen liegt viel Anregung, die von Fall zu Fall zu bewerten und zu beachten ist. Wohl schiefen einige Anträge über das Ziel hinaus, sie möchten einreißen, ehe der Bau ganz wohnlich wird und ehe die Wohnbarkeit genügend ausprobiert wurde. Das sind zum Beispiel Anträge, die auf die Schlichtungsordnung des Reichsarbeitsvertrages Bezug nehmen. Einige andere enthalten programmatische Forderungen — nicht von heute auf morgen zu erfüllen — die jedoch jeder von uns unterstützt, und wenn es auf dem Verbandstage gelingt, für diese Anträge zusammengefaßt die richtige Form zu finden, dann bilden sie die Richtlinien bei künftigen Tarifverhandlungen.

Unter c) liegt nur ein Antrag vor und der Verbandsfinanzminister wird sich gewiß freuen, wenn ihm nachgewiesen wird, daß der Verband sogar „überflüssige“ Gelder besitzen soll; ihm als Verwalter der Hauptkasse ist davon nichts bekannt. Im weitern wird ihm sicherlich nicht schwer fallen, nachzuweisen, daß man mit Zins- und Wertpapieren keinen Kampf zum Austrag bringen kann.

Unter d) liegen 11 Anträge vor, besonders neu sind sie auch nicht, es sind sogar solche darunter, über die man nicht reden und wiederum solche, die man der neuen Schriftleitung einfach in die Tasche schiebt, damit sie niemals bergibt, daß Woche für Woche über 40 000 Kollegen die „geistige Waffe“ prüfen und eine Anzahl davon das Blatt nach Durchsicht mit gerunzelter Zensorenstirn beiseite legen. Denn jeder kann darin etwas finden, was ihm nicht gefällt. So fehlen zum Beispiel nach Ansicht des einen Lesers die Zahl der Streikenden; dem andern gefällt durchaus nicht, daß der Redakteur auch eine Meinung äußert. Oder einem Schriftführer hat er an seinem Bericht korrigiert oder gar gekürzt — unerhör! —, der andere wiederum lauert Woche für Woche und sein Bericht erscheint überhaupt nicht. Allerdings hat der Schriftführer mit seiner Einsendung vier Wochen nach Stattfinden der Versammlung gewartet, und wenn er selbst auch nicht pünktlich und aktuell ist, die Schriftleitung muß ihn sofort bringen, das wäre ja noch schöner, wenn kein Raum dafür vorhanden wäre.

Einem andern Kollegen wiederum gefällt nicht, daß ausgerechnet sein Unternehmen im „Steinarbeiter“ „tüchtige“ Leute in „dauernde“ Arbeit sucht, und andern gefällt wiederum nicht, wo die Zeitung gedruckt wird. Ueberhaupt: Druck, Inhalt, Schriftgröße, Papier und gar erst der Kollege auf dem Redaktionschemel? „Ne, die ganze Richtung“ paßt mir nicht! Darum Opposition! So findet jeder etwas zum anflammern. Die Verbandsstagsdelegierten sollen nun hier das Richtige herausfinden.

Dann folgen die Anträge zum Statut. Verbandsaufgaben, Beiträge, Unterstellungen aller Art, Verbandstag, Beirat, Gaulteilungen, weitere Anstellungen von Bezirksleitern, Tarifverhandlungskosten usw., allein 96 Anträge, alle sehr verschiedener Art, wollen am Ausbau helfen. Einige Anträge enthalten allerdings recht wefsensfremde Töne, sie sind einer Phraseologie entnommen, die der praktischen Gewerkschaftsarbeit nicht förderlich ist. Dagegen sind jene Anträge, die Beitrag und Stundenlohn in ein automatisch gleitendes System bringen wollen, ernstlich zu prüfen, und soweit es mit den örtlichen und zentralen, ordnungsgemäßen, übersichtlichen und vor allen Dingen kontrollierbaren Verwaltungsarbeiten vereinbart werden kann, wird sich ein Anpassungssystem in Leistung und Gegenleistung finden lassen. Ob es jedoch innerhalb eines Quartals, das bekanntlich einen Abrechnungsabschnitt in der Kassenverwaltung darstellt, möglich ist, die Beitragsleistung und die Unterstützungsleistungen mehr wie einmal zu ändern, ist noch recht zweifelhaft. Hier werden die Praktiker aus den Verwaltungsstellen sich auf dem Verbandstag aussprechen müssen. Die Normierung der Beiträge nach den örtlichen Stundenlöhnen ist einfach und klar, sie macht jede künftige Auseinandersetzung oder gar Urabstimmungen darüber überflüssig. Dann sind sich auch alle Mitglieder darüber einig, wenn die niedrigen Stundenlöhne als Beitrag gelten, dann aber auch die höheren und höchsten Stundenlöhne. Deshalb können die Beitragsklassen nicht auf eine bestimmte Zahl festgelegt werden; denn das richtet sich nach den verschiedenen Stundenlöhnen. Was nun sonst noch damit zusammenhängt, wie zum Beispiel die Karenzzeit zu höherer Unterstützung, Anteil der Zahlstellen, Leistung der Erwerbslosen usw., das muß in richtiger Abwägung „jedem das Seine“ festgelegt werden. Die Unterstützungsätze für Krankheit und Arbeitslosigkeit sind unter der Berücksichtigung, daß sie nur als minimaler Zuschuß zu den gesetzlichen Unterstützungen gelten können, minder wichtig wie die Streikunterstützung. Die letztere ist die einzige beim Kampf und sie muß deshalb auch so bemessen werden, daß den streikenden Kollegen oder Kolleginnen die Luft im Lohnkampf nicht ausgeht. Einige Zahlstellen haben dies in ihren Anträgen durchaus berücksichtigt, andere lassen es vermessen; sie beantragen nur einschneidende Änderungen, die unsere Hauptkasse außerordentlich belasten, und zwar zuungunsten der Kampfbereitschaft und -fähigkeit. Hier wird also mancher Floß in den Ansprüchen zurückgestellt werden müssen. — Die Unterstützung in Sterbefällen hat einen agitatorischen Wert bei der besseren Ehehälfte. Das ist zu beachten und insofern müssen die alten Sätze dem Geldwert entsprechend geändert werden. — Die Auswirkungen der sonst verlangten Änderungen müssen eingehend geprüft werden; es ist schließlich keine Kunst, die Hauptkasse mit allem Möglichen zu belasten. Die Hauptkasse jedoch bleibt immer, daß die Hauptkasse, ohne die anderen wesentlich notwendigen Ausgaben zu hemmen, die neue Belastung auch tragen kann. In dieser Hinsicht muß man sich schon auf das Gutachten derer stützen, die auf diesem Gebiet jahrelange, praktische Erfahrungen aufweisen können.

Auffallend ist, daß auf diesem Verbandstage allein 18 Anträge vorliegen, die sich mit den Gau- und Bezirksleitungen beschäftigen. Das liegt im Wesen der augenblicklichen Verhältnisse; denn die Gauangestellten haben durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten und die dadurch verursachten Dauerlohnbewegungen eine große Arbeitslast zu bewältigen! Eine geregelte Arbeitszeit hat sicherlich keiner von ihnen und käme hier die Bezahlung der Ueberstunden in Frage, dann erst würden die Verbandsmitglieder voll ermaßen können, wie groß die Belastung der Gauangestellten tatsächlich ist. Aber auch ohnedies wird die Arbeitsleistung anerkannt. Diese Angestellten nun dauernd so anzuspannen, wie es seit etwa drei Jahren sich herausgewachsen hat, ist unverantwortlich und schädigt letzten Endes unsere Organisation. Aus diesem heraus entspringen zum Teil die Anträge auf Neueinteilung, Neuanstellungen usw. Dagegen will es kaum etwas besagen, wenn von einem Ort sogar verlangt wird, die meisten Gauangestellten als überflüssig abzuschaffen! Dieser Antrag geht von der allerdings idealen Voraussetzung aus, daß jede Zahlstelle selber Manns genug sein muß, die örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder zu regeln. Das ist jedoch Theorie, die Praxis sieht leider anders aus. Aber wenn nur ein Teil dieser Theorie beachtet würde, könnte eine Entlastung der Gauangestellten eintreten. Ob nun der Verband von all den Wünschen zu dieser Frage etwas erfüllen kann, ist noch fraglich; verlangen muß der Verbandstag, daß die Zahlstellen selbständiger handeln, damit die Gau- und Bezirksangestellten nicht ganz zu Wanderburschen werden, denen Frau und Kinder, also das Familienleben Nebenache sind. Werden für bestimmte Bezirke Anstellungen beschlossen, dann müssen diese Bezirke zum mindesten die Hälfte der Kosten aufbringen, sonst wird es schließlich nicht möglich sein.

Die in letzter Zeit viel umstrittene Frage betrifft die Organisationsform, der Anschluß an einen großen Bruder. Rund 26 Zahlstellen verlangen das ohne jede Einschränkung, weitere 9 wollen es schließlich auch, doch soll eine Urabstimmung entscheidend sein; andere 6 Zahlstellen beantragen Ablehnung. Ein einzelner, eigenartiger Antrag will die Verschmelzung ebenfalls, aber unter Voraussetzungen, die bisher in der Gewerkschaftsbewegung einzig dastehen; er will sogar Bezirke und einzelnen Zahlstellen diese „Verschmelzung“ gefallenen und dabei auch einen Vor-schub mitnehmen vom Erbteil! Diesen Antrag lassen wir wohl am besten so passieren, denn er verflüchtigt sich von selbst.

Zu der Frage: ob Baugewerksbund oder nicht?, wollen wir uns nicht mehr auslassen, das haben die Einsender im „Steinarbeiter“ genügend getan. Doch zu beachten ist, daß unser Verband 500 Zahlstellen hat, und wenn davon 26 etwas als dringend notwendig halten, die übrigen Zahlstellen durchaus anderer Meinung, sogar entgegengesetzter sein können. Das Ergebnis einer Urabstimmung wird ein für und Wider an dem Verhältnis, wie es bei den Zahlstellen schon zum Ausdruck kommt, an der Mitgliederzahl sicherlich auch nicht viel ändern. Im übrigen wird es tatsächlich Zeit, daß in dieser Frage vom Verbandstag reine Bahn geschaffen wird, denn verschiedene notwendige Aufgaben mußten zurückgestellt werden wegen der Unklarheit. Die Ver-

Wahrung in der Auffassung scheint sich nun auch zu lösen, je näher der Verbandstag rückt; das hat zum Beispiel der Verlauf einzelner Gaukonferenzen gezeigt.

Zu dem Tagesordnungspunkt: Lage der Natursteinindustrie und Berufsgefahren der Steinarbeiter sind 7 Anträge eingebracht. Hier hat die Verbandsleitung nachzugehen, was sie bisher unternommen hat, um die nicht neuen Forderungen zu verwirklichen. Dieser Beratungspunkt ist einer der wichtigsten, bei ihm ist jedoch unbedingt zu beachten, daß mit dem Forderer allein noch nichts erreicht wird. Wir wollen hier nicht vorgreifen und die Behandlung der kommenden Tagung überlassen. Bringen nur zum Ausdruck, daß Verbandsleitung und Mitglieder einmütig hinter den Forderungen stehen, die in den 7 Anträgen angedeutet werden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl der Verbandsleitung! Urabstimmung, politische Gesinnung, Verhältniswahl, Bezahlung nach örtlichem Stundenlohn usw., das sind so die Stichworte der hier vorliegenden Anträge. Der Verbandstag ist in unserem Organisationsapparat befanntlich die höchste Instanz, und entscheidet sich keine Mehrheit für diese Modalitäten, dann läßt sich daran nichts ändern. Sagen wollen wir aber doch, daß die politische Gesinnung noch kein Beweis von Brauchbarkeit ist. Die Unterlagen dazu hat nicht nur die Verbandsleitung der Steinarbeiterorganisation sammeln können. In allen Bezirken liegt so etwas vor. Es ist kein angenehmes Bild, wenn von diesem einmal der Schleier abgezogen wird. Im übrigen ist es nicht angenehm, sich hierzu zu äußern, denn Außenstehende fassen es gewöhnlich anders auf. Das weitere mögen die Delegierten unter sich ausmachen.

Dann liegen noch 14 Anträge vor, die verschiedenes wollen. Sie lesen sich alle gut, weil in jedem ein berechtigter Kern steckt und was möglich ist, ihn zu verwirklichen, wird getan werden müssen. Dann liegen noch 2 Anträge vor, die nicht so ohne weiteres im Verband Geltung haben dürfen, denn es betrifft die Mitgliedschaftsrechnung von Organisationen, die gegründet wurden, um die Gewerkschaften unserer Richtung zu schädigen. Daher ist es ein Widerspruch, den nun etwa Zurückkehrenden die Mitgliedschaft in dieser Gegenorganisation sang- und klanglos anzuerkennen. Auch wenn jemand in Unkenntnis oder durch sonstige Einwirkungen in diese Gegenorganisation gezerzt wurde, kann die Anrechnung jener Mitgliedschaft trotzdem nicht so ohne weiteres erfolgen. Sonst wird schließlich, je wie oder wo das Arbeitsverhältnis sich befindet, hinüber und herüber gewechselt. Mehr Steifigkeit auf diesem Gebiet muß gegen die üblichen Gewöhnlichkeiten gegenüber solchen Organisationsvernichtern Platz greifen. Schon die Erziehung jener spricht dafür.

Wir sind uns wohl bewußt, nicht alle Anregungen zum Verbandstag eingehend genug behandelt zu haben; wir wollten auch nur mit Vorbehalt eine summarische Uebersicht geben, haben es deshalb mit Absicht unterlassen, einige recht unglückliche Anträge zu nennen und zu behandeln. Eingedenk der Worte, die wir eingangs dieses Artikels schrieben. Wahrscheinlich bieten die Verhandlungen auf dem Verbandstage die Gelegenheit, dann an dieser Stelle auf die besagten Anträge noch zurückzukommen; denn erst wenn die Spreu vom Weizen gesondert wurde, ist der Heberbid über Bestand und Wert der einzelnen Haufen mit Sicherheit anzugeben.

Aus dem Mitgliederkreise über Verbandstagsfragen.

Meine Meinung: Wenn man so das Hin und Her im Steinarbeiter verfolgt und die verschiedenste Stellungnahme zu einem Punkt, so fragt man sich, wie ist es möglich, daß die Gedankengänge so sehr verschieden sind. Möchte nun auch zu einer der wichtigsten, der Verschmelzungsfrage Stellung nehmen. Betrachtet man die nutzlose Kräfteverschwendung der gesamten Arbeiterschaft seit 1918, hervorgerufen durch die Teilstreiks an allen Orten und die verschiedene Einstellung von Gewerkschaftsführern zu ein und demselben Streik, was nur immer zum Schaden der Arbeiter führen kann, so sollte es für jeden denkenden Kollegen klar sein, daß nur der Zusammenschluß der gesamten Arbeiter uns aus dem jetzigen Elend befreien kann. Aus diesen Gründen müssen wir unbedingt den Anfang dazu mit dem Beitritt zum Bauergewerksbund machen. Man wird mir nun sagen: wir sind im IGBV, zusammengeschlossen! Dem ist aber entgegenzuhalten, daß der Zusammenschluß von unten herauf und nicht von oben herunter kommen muß. Ein jeder Kollege kennt wohl die wankelmütige Stellung des IGBV bei verschiedenen Anlässen, ohne Ausnahme Flucht der sonst so starken Männer, wenn es sich gegen die Interessen der Arbeiterschaft handelt, daß die Gewerkschaftszentralen keine (?) Einigung haben wollen geht doch deutlich aus dem Artikel des Kollegen Garz, Weimar, in Nr. 13 hervor, daran ändert

auch nichts der kleine Kommentar. Die ablehnende Stellung unserer Zentrale kann man gut begreifen. Der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes würde die ganzen Abmachungen zwischen Kapital- und Arbeiterführern, den Proleten einen kleinen Prozentsatz aus den Mehrgewinnen im Interesse des Wiederaufbaues zukommen zu lassen, über den Hausen werfen. Um dieses zu verhindern, müssen diejenigen, die uns dem Kapital mit Haut und Haaren verschrieben haben, die Einheitsfront sabotieren. Auch eine andere einschneidende Bedeutung spricht für den Bauergewerksbund, nämlich die Lohnregulierung, weil wir doch in vielen Fällen vom Bauergewerbe abhängig sind. (?) Dazu tritt noch die Frage der Agitation, die mit den wenigen Angestellten in den einzelnen Betrieben nicht so möglich ist, wie es im Interesse unserer Kollegen liegt. Auch die schädigenden Grenzstreitigkeiten würden aufhören und dann nicht mehr eine freie Gewerkschaft der anderen die Mitglieder abjagen.

Zum Verbandstag bitte auch ich ums Wort: Das Hauptinteresse verschiedener Kollegen, die bisher im Steinarbeiter das Wort ergriffen haben, dreht sich um den Anschluß an den geplanten „Bauergewerksbund“. Das „Für und Wider“ gegen diesen Anschluß im „Steinarbeiter“ in der bisherigen Breite zu betreiben, erachte ich nicht für gut. Bin der Meinung, daß der Verband, wie er zur Zeit daheer, seine volle Existenzberechtigung hat. Es wäre an der Zeit, daß endlich die Diskussion über diesen Punkt aufhört und das weitere dem Verbandstag überlassen bleibt. Goethe sagt: „Was du erst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Einige Angaben des Kollegen Schiffn. in Nr. 14 muß ich jedoch noch etwas beleuchten. Gemäß werden in den Betrieben die Aufgaben des Verbandstags besprochen, meistens ist es jedoch die Beitragsfrage, die hin und wieder die Gemüter erregt. Leider können sich noch nicht alle entschließen, nach dem wirklichen Stundenlohn ihre Beiträge zu entrichten. Dem Kollegen Schiffn. ist das nicht unbekannt. Im Tüchtlinger Zahlstellenbereich arbeiten z. B. 40 Kollegen in einem Betriebe, darin sind 12 Kollegen beschäftigt, die einen Stundenlohn von 5 Mark verdienen, im 1. Vierteljahr 1922 wurden jedoch in diesem Betriebe 300 Beiträge je 5 Mark gelebt! Hier gilt es zu ändern.

Technisch liegen die Verhältnisse in anderen Betrieben. Von 200 Mitgliedern unserer Zahlstelle haben nur 9 einen Wochenbeitrag von 9 M. Die anderen leisten 5 und 6 M. Die größte Zahl aber nur 5 M. pro Woche. Unter den 5 M. befinden sich aber auch die Makulaturer, die aus „Erfahrung“ sprechen. Also sorgen wir erst mal dafür, daß jeder seinen richtigen Beitrag leistet, dann erst sprechen wir über Anschluß an das Bauergewerbe.

Weiter fordert Schiffn. die Anstellung eines Bezirksleiters für den Bahrischen Wald. Gerade verkehrt! Meine Meinung wäre die Anstellung eines Gauleiters im Bahrischen Wald. Dieses läßt sich allerdings nicht so ohne weiteres durchführen, besonders nicht bei einer Beitragsleistung von 5 M. pro Woche. Also jeder zahlt seinen Beitrag, den er laut Statut zu zahlen hat, dann erst erfüllt er seine Pflicht als Verbandsmitglied und ist berechtigt, Rechte zu fordern! Kann auch dann erst eine befohlene Kraft für den Bahrischen Wald beantragen, das ist nun einmal meine persönliche Meinung, Kollege Schiffn. Noch einige Bemerkungen zu einigen in Nr. 14 des „Steinarbeiter“ veröffentlichten Anträgen. Direkt auffallend sind für einen Gewerkschaftler die Anträge 1, 2, 3. Wie zum 8., so auch zum 9. Verbandstag taucht die Forderung auf, unseren Verbandsangehörigen eine bestimmte politische Gesinnung vorzuschreiben. Kollegen von Fürstenstein! Ich erlaube mir, zu fragen: „Wo wollt ihr hin?“ Ihr seid euch nicht bewußt, was ihr mit eurem Antrag begehrt! Die Forderung, daß alle Mitglieder des Zentralkomitees der IGBV angehören müssen, muß jeder Gewerkschaftler als tatsächlichen Unsinns bezeichnen. Wir wollen und dürfen unseren Führern keine politische Gesinnung vorschreiben. Wie würde es uns gefallen, wenn der Vorstand oder der Beirat oder der Verbandstag uns Mitgliedern ernstlich empfielt: Die Mitglieder haben ab heute der oder jener Partei anzugehören? Aus wäre es mit der Zentrale und dem anderen, und abermals würde „Raum“ niedergebrannt! Der Antrag 3 dagegen fordert „Kampfbundorganisation“. Wie reimt sich das alles zusammen? Den Kollegen von Fürstenstein möchte ich empfehlen, ihren Antrag 2 zurückzugeben. Oder glauben sie, wenn unsere Führer mit Zwang zur IGBV gebracht werden, sich die Lage der Steinarbeiter im Reich verbessern müßte? Trübsicht, so etwas zu glauben. Am Schluß wollen wir Goethe noch einmal reden lassen: Das Beste fröhlich, der Welt recht ehrlich, die Rede züchtig, die Taten richtig! Und ich sage: Auf den Verband vertrauen und auf ihn bauen; das sind die Waffen, die Frieden schaffen.

Notizen. Josef Lanmer.

Stellungnahme: Zur Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband u. s. w.: Ich auch noch einiges bemerken. Habe bis jetzt ge-

schwiegen, da ich angenommen habe, daß die trefflichen Ausführungen des Kollegen Siebold genügt hätten, um die Kollegen in die Wirklichkeit zurückzuführen. Was nun einzelne Kollegen im Steinarbeiter geschrieben haben, kann nicht unberücksichtigt bleiben, zumal ich gar nicht überzeugt bin, daß die Anschauung dieser einzelnen schreibenden Kollegen Ueberzeugung der meisten Steinarbeiter ist. Wir alle wissen, daß der Bauergewerksbund gegründet werden soll, um die Sozialisierung des Bauergewerbes besser in die Wege zu leiten und dieses Unternehmen besser finanzieren zu können. Das ist der hauptsächlichste Grund, weshalb der Bauergewerksbund gegründet wird. Nicht wie einzelne Kollegen versuchen, uns übrigen den Honig der großen Organisation um den Mund zu streichen. Als Sozialist würde ich den Anschluß begrüßen, als Gewerkschaftler nie und nimmer. Das ganze Jahr über hörten wir von etlichen Kollegen im „Steinarbeiter“ die Worte: „Kampfbundorganisation müssen wir sein und bleiben.“ Sind denn diese Worte schon wieder vergessen? Wo bleiben heute die einzelnen dieser Kollegen? Gerade heute, wo Stinnes und Konforten zum großen Schlag ausholen, um die Arbeiterschaft in das alte Joch zurückzuführen, träumen sie von Idealen. Hier kann uns nur unser Steinarbeiterverband helfen und sonst niemand! Stärken, bauen wir unseren Verband aus und zahlen wir die Beiträge, die uns in unserem Beruf dienlich entsprechen! Dann kann kommen, was da will! Wir werden den Kampf bestehen! Oder glauben die Kollegen, die für den Anschluß sind, daß uns mit dem Beitritt zum Bauergewerksbund mehr Mittel zur Verfügung stehen, um unsere Kämpfe durchzuführen? Oder glauben diese Kollegen, daß die Bauarbeiter aus Solidarität ebenfalls in den Streik treten, wenn bei uns der Kampf um die 45stündige Arbeitszeit entbrennt? Ich glaube es nicht, und wenn es Kollegen glauben, dann tun sie mir wirklich leid. Wir wollen keine zahlenden Mitglieder für Experimente sein, sondern kämpfen wollen wir für unsere Existenz, für unseren Beruf, und das können wir Steinarbeiter nur in unserem Berufsverband!

Angsburg.

J. Sager.

Wahl-Resultat.

Die Delegiertenwahlen zum Leipziger Verbandstage zeitigten folgendes Resultat:

1. Gau.
 1. Wahlkreis: Rostock - Kiel: Gedatis 124, Tiedt 117, Franz 115. Stichwahl zwischen Gedatis - Königsberg und Tiedt - Rostock.
 2. Wahlkreis: Neumann 243, Böpple 144. Gewählt: Karl Neumann - Hamburg.
 3. Wahlkreis: Sieben 137, Schröder 151, Polakowski 93, Genz 78. Gewählt: Leonhard Sieben und Paul Schröder - Berlin.
2. Gau.
 1. Wahlkreis: Müller 793, Zahn 679, Ohlig 214, Thomas 191. Gewählt: Gustav Müller und Paul Zahn - Striegau.
 2. Wahlkreis: Schreiber 1147, Runtich 918, Darisch 884, Neumann 288, Prenzel 191, Sieber 134, Janich 31, Hermann 19. Gewählt: Karl Schreiber - Strehlen, Aug. Runtich - Ströbel, Gustav Darisch - Häslich.
 3. Wahlkreis: Scheithauer 357, Fejschta 12. Gewählt: Paul Scheithauer - Gr. Ranzendorf.
 4. Wahlkreis: Fichtner 174, Weise 8. Gewählt: Gustav Fichtner - Niederlinda.
 5. Wahlkreis: Kadaut 250, Rother 137. Gewählt: Karl Kadaut - Bunzlau.
 6. Wahlkreis: Grüttner 144, Pentzschel 92. Gewählt: Paul Grüttner - Arnsdorf.
 7. Wahlkreis: Neumann 168, Wagner 113. Gewählt: Oskar Neumann - Pausen.
 8. Wahlkreis: Wagner 476, Bergmann 190. Gewählt: G. Wagner - Kamenz.
 9. Wahlkreis: Sübner 1255, Schönbach 976, Kettner 904, Schuster 879, Teckrich 468, Schönwälder 256. Gewählt: Heinrich Sübner - Häslich, Gustav Schönbach - Demitz.
 10. Wahlkreis: Schwarz 662, Fejschta 476, Mehrford 223, Königseder 143, Krause 51, Neumann 39. Gewählt: Hans Schwarz und Hermann Fejschta - Böbau.
3. Gau.
 1. Wahlkreis: Arnstadt - Raumburg: Garz 231, Wolf 126, Wolf 63, Möhring 49. Stichwahl zwischen Garz - Weimar und Wolf - Mühlhausen.
 2. Wahlkreis: Seidel 572, Lehner 378, Mehschuh 304, Schlicher 167. Gewählt: Richard Seidel - Dresden, Emil Lehner - Poita.

Sinkender Wert der Versicherungen.

WBB. Das Versicherungswesen der Vorkriegszeit baute sich auf der damals fast selbstverständlichen Voraussetzung auf, daß der Wert des Geldes durch längere Zeiträume hindurch ungefähr gleich bleibe. Vieß sich schon in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem Kriege ein allmähliches Ansteigen aller Preise und damit ein langsames Nachlassen der Kaufkraft unseres Geldes beobachten, so ist in der Nachkriegszeit die Währung derart erschüttert worden, daß man ohne Uebertriebung behaupten kann, unser gesamtes Versicherungswesen sei auf einer Fiktion aufgebaut. Wir haben keine stabile Währung mehr und können deshalb mit gutem Gewissen Renten und Kapitalauszahlungen, die in einer ferneren Zukunft die Existenz alter oder invalider Leute sicherstellen sollen, eigentlich nicht mehr in bestimmten Ziffern ausdrücken. Man muß sich vergegenwärtigen, daß derjenige, der in der Vorkriegszeit eine Lebensversicherung auf den Betrag von 100 000 Mark für den Lebens- oder Todesfall abschloß, alljährlich etwa 4000 M., und zwar Goldmark, Prämie zahlte. Wenn heute die damals vereinbarte Versicherungssumme zur Auszahlung kommt, so hat sie infolge der Geldentwertung nur noch einen tatsächlichen Wert von knapp 2000 Mark Gold, d. h. also nicht einmal einer halben Jahresprämie. Die Versicherten, die feinerzeit ihre Altersversorgung oder den Unterhalt ihrer nächsten Angehörigen sicherstellen wollten, sind durch den Verfall unserer Währung schwer enttäuscht worden. Den Versicherungsgesellschaften ist diese Entwicklung natürlich ebenso unerwartet gekommen. Sie trifft keinerlei Schuld daran, daß von ihnen betriebene Geschäft für die Versicherungsnehmer mit einem wirtschaftlichen Fiasko endet. Die Versicherungsgesellschaften und Institute sind bekanntlich durch Gesetz gezwungen, ihre Kapitalien „mündelsicher“, d. h. in bestimmten erschlaffigen Anleihenpapieren und Hypotheken, anzulegen. Tatsächliche Kursverluste sind bei diesen Anlagen seit der Vorkriegszeit in nemenswerthem Umfange auch kaum eingetreten, da aber das feinerzeit in Goldmark eingezahlte Kapital heute in Papiermark zurückgezahlt wird, ist es ungefragt auf den fünfzigsten Teil entwertet worden. Die Wertminderungen sind aber bei den privaten wie öffentlichen Versicherungen im Vergleich zur Vorkriegszeit ganz erheblich gestiegen, so daß sie selbst rein rechnerisch in eine recht bedrückende Lage gekommen sind. Wir wissen heute noch nicht, wann der Entwertungsprozess unserer Währung sein Ende erreichen wird. Die seit einigen Wochen in verstärktem Tempo vor sich gehende Senkung des Marktkurses ist kein gerade beruhigendes Symptom. Wir müssen jedenfalls noch auf mehrere Jahre hinaus mit sehr starken Schwankungen unserer Währung rechnen, und wer weiß, ob nicht am Ende dieser ganzen Entwicklung eine radikale Devaluation (Entwertung) nötig sein wird, die uns von der Hochflut des Papiergeldes befreit. In solchem Falle würde dann vielleicht die Einführung einer ganz neuen Währung nötig werden. Obwohl man bei der jetzigen unklaren politischen und wirtschaftlichen Lage die Weiterentwicklung auf Jahre hinaus nicht genau voraussagen kann, wird man doch anerkennen müssen, daß auch heute freiwillig oder unter dem Zwange unserer sozialpolitischen Gesetze eingegangenen Versicherungen auf sehr unsicherer Grundlage beruhen. Man sollte daran denken, die jetzt noch schaffenskräftige Generation in einer völlig neuen Weise für die Zeit des Alters und der Invalidität sicherzustellen und auch die unheilvollen Konsequenzen des Währungsverfalls für die augenblicklich darbenenden Rentenbezieher und sonstigen alten Leute zu mildern. Der Grundgedanke des ganzen Versicherungswesens war doch von jeher der,

die Rücklage von Sparpennigen und Notgroschen zu organisieren und die Spenden gegen einen Verlust ihrer Notspennigen sicherzustellen. In Ländern mit stabiler Währung konnte dies unbedenklich durch Ansammlung von Geldkapitalien geschehen. Die neueste Entwicklung hat uns aber gelehrt, daß es nur zwei Arten von Kapitalien gibt, die in den Strudel des Währungsverfalls nicht so sehr mit hineingezogen werden konnten, das sind die Sachwerte und die menschliche Arbeitskraft. Diese beiden wirklichen Kapitalien bilden die Produktionsfaktoren, aus ihrem Zusammenwirken fließt der Produktionsertrag. Eine wirkliche Sozialversicherung kann in Zukunft nur im Anschluß an die produktiven Kräfte aufgebaut werden. Hieraus ergibt sich die Forderung, die verfügbaren Kapitalien der Versicherungsgesellschaften wie der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten, nicht mehr in Papieren anzulegen, die auf einen bestimmten Geldwert lauten, sondern sie in Grund- und Bodenwerten und Produktionsmitteln zu investieren; daneben aber auch einen Teil des alljährlich fließenden Produktionsertrags für die Sicherstellung des Unterhalts der Alten und Invaliden zu verwenden. Wir sind eben durch den Krieg und seine Folgen auf vielen Gebieten wieder der Naturalwirtschaft näher gebracht worden und müssen uns darauf besinnen, daß auch bei Völkern niedriger Kultur sowie überhaupt im ganzen vorkapitalistischen Zeitalter die arbeitsfähigen und alten Leute, von denen ernährt werden, die in der Volkskraft des Schaffens stehen. Die ungeheuren Summen, die heute von den Arbeitnehmern zum Zwecke der Alters- und Invalidenversorgung aufgebracht werden müssen, haben vielleicht in wenigen Jahren schon wieder den größten Teil ihres heutigen Wertes eingebüßt und bilden keinerlei Garantien mehr für eine spätere Zukunft.

Die Heimvolkshochschule Schloss Tinz

(bei Gera-Neuh) ist im Jahre 1919 vom Freistaat Reuß errichtet worden zu dem Zwecke, Angehörigen der werktätigen Bevölkerung, die keine andere als die Volksschule besucht haben, die Möglichkeit zur geistigen Weiterbildung zu bieten. Die Volkshochschule Tinz unterscheidet sich von allen ähnlichen Schulen durch ihren sozialistischen Charakter. Sie ist eine sozialistische Schule, ist aber keine Parteischule; sie will der gesamten Arbeiterbewegung dienen, nicht einer einzelnen Richtung.

Tinz hat sich als Ziel gesetzt, seine Hörer in Kurien von (bisher) vier Monaten mit den Grundelementen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut zu machen, denkende und urteilsfähige Köpfe heranzubilden, die mit klarem Bewußtsein an die Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung herantreten. Dem Ziel entsprechend ist der Lehrstoff aufgebaut; im Mittelpunkt stehen marxistische Defonomie und historische Materialismus, beide Untergrund und Ausgangspunkt des gesamten Unterrichts. Die einzelnen Unterrichtsfächer sind: Wirtschaftsgeschichte, Betriebslehre, Betriebsrätegesetz, Verwaltungsfunde, Literatur, Kunst, Sprache, Philosophie, Naturerkenntnis, Geographie, Gesundheitspflege. Den Unterricht vervollständigen Besichtigungen industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe, der Besuch von Museen und geologische Wanderungen. Für den Unterricht steht ein gutes Karten-

und sonstiges Anschauungsmaterial zur Verfügung, dazu Lichtbilder und eine Schulbibliothek.

An der Volkshochschule Tinz sind neun Lehrkräfte tätig; vier sind angestellte Heimvolkshochschullehrer: Dr. Braunthal, Oskar Greiner, Alfred Herre, Otto Jenffer; Dr. Buchholz ist Arzt in Gera, Dr. Freund Ministerialrat in Weimar, R. Hundt Geologe in Gera, Dr. Rindler Stadtrat in Gera, Dr.-Ing. Petermann Bürgermeister in Zeulendorf.

Eine besondere Berufsausbildung erfolgt nicht; Prüfungen werden nicht abgehalten, Zeugnisse nicht ausgestellt. Tinz gibt als Heimvolkshochschule keinen Schülern Wohnung und Beköstigung im alten Schlosse zu Tinz. Den Schülern stehen schöne Unterrichts- und Arbeitsräume zur Verfügung; ein großer Park dient der Erholung. Aufgenommen werden in jedem Kursus 50 Schüler, und zwar jeweils 50 Männer oder 50 Frauen und Mädchen vom 18. Jahre an. Bewerber müssen ein selbstgeschriebenes Gesuch nebst Lebenslauf, der den Bildungsgang und die Berufsbildung erkennen läßt, an die Leitung der Schule einreichen. Erforderlich sind ferner Geburtsurkunde und ärztliches Zeugnis, bei der Aufnahme zweimal Bettwäsche und die zur Reinigung des Körpers und der Kleidung erforderlichen Gegenstände. Beim Eintreffen in Tinz ist eine polizeiliche Anmeldung und Abmeldebekundigung von der Lebensmittelversorgungsstelle beizubringen.

Als Beitrag zu den Kosten der Schule (Schulgeld, Wohnung, Beköstigung) sind von jedem Schüler monatlich 500 Mark, für den ganzen Kursus also 2000 Mark im voraus zu zahlen, außerdem für das Waschen der Wäsche in der Schule monatlich 20 Mark. Weitere Kosten, außer für Beschaffung von Büchern, entstehen den Schülern nicht. Bei vorzeitigem Verlassen der Schule aus einem Grunde, der von dem Schüler zu vertreten ist, besteht kein Anspruch auf Rückzahlung des Schulgeldes. Den Schülern ist zu empfehlen, bei ihren gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen um Beihilfen zum Besuch der Schule nachzufragen. Wenn keinerlei Beihilfe zu erreichen ist, kann unter Umständen eine Ermäßigung des Schulgeldes eintreten. Die Aufgenommenen müssen sich zur Einhaltung der Schulordnung verpflichten. Die Anmeldung für den am 15. August 1922 beginnenden und am 15. Dezember 1922 endenden Frauenkursus hat spätestens bis zum 31. Mai 1922 zu geschehen; eine Entscheidung über die Aufnahme erfolgt bis zum 15. Juni 1922.

Wadde und Sohn.

In de erste Rinnerjohre
Gudt zum Wadde hoch de Vu.
Folgt, is brav und schibst die Dhre,
Und hört gern sein Wadde zu.
Wie de Wadde redt un hanned,
Des is esach recht und kloor,
Wie er leht und wie er wanneld,
Was de Wadde segt, is moor.
Amer zwische seh' un zwangig
Kummt en Vu schun aus'm Glas;
Und so mancher Borch hot's an sich,
Daß er viel schun besser wees.
Dut de Wadde ebbes rote:
„Epar“ und bleib beham und len!“
Segt er: „Des hit alte Mode,
Wadde, bisch halt nit modern!“
Zwische zwangig erscht und dreihig
Is die Jugend aus'm Haus,
Kocht un brennt wie Mofsch un Reiffa
Un lacht noch de Wadde aus.
„Wadde“, häßt's, halt doch dein Schinamuel
Du wersch alt un kumfsch nit mit!
Koch bei Mofsch und Reiffamuel,
Wadde, des wersch beschid halt nit!
Kummt de Sohn nit in die Bezig
Un wersch selwert steif und groh,
Kummt er drauf, wie er oft ercht sich,
Un is noch sei' Wadde do
Un er will was unternemme,
Un er is voll Eorg un Floh.
„Segt' oft und ohne Scholme:
„Wadde, geb' mer noch en Rot!“
(Wachdrucker-Korrespondent.)

3. Wahlkreis: Zippel 255, Jahr 91, Schneider 7. Gewählt: Wilhelm Zippel-Aue.
4. Wahlkreis: Kunze 169, Kretschmar 86. Gewählt: Josef Kunze-Mittweida.
5. Wahlkreis: Göricke 274, Winterfeld 57. Gewählt: Otto Göricke-Böbelin.
6. Wahlkreis: Müller 392, Pfeifer 28. Gewählt: Oskar Müller-Hofburg.
7. Wahlkreis: Lohan 888, Kupfer 121. Gewählt: Gustav Lohan-Dornreidenbach.
8. Wahlkreis: Engelmann 274, Seine 158, Künzel 88, Kühne 24. Gewählt: Richard Engelmann-Zöblitz.

1. Wahlkreis: Stapel 169, Timpe 20. Gewählt: Otto Stapel-Hannover.
2. Wahlkreis: Möbius 248, Reinecke 133, Garbe 32, Schmidt 54. Gewählt: Hermann Möbius-Hagerode.
3. Wahlkreis: Opfer 243, Peter 6. Gewählt: Martin Opfer-Gubensberg.
4. Wahlkreis: Leonhardt 49, Denecke 5. Gewählt: Heinrich Leonhardt-Abelshausen.
5. Wahlkreis: Heinrich Verhe-Gommern mit 423 Stimmen gewählt.
6. Wahlkreis: Pahl 177, Vobe 91. Gewählt: Karl Pahl-Wolfshagen.

1. Wahlkreis: Knopp 181, Koch 82, Hirschler 68. Gewählt: Nicolaus Knopp-Köln.
2. Wahlkreis: Neufuß 251, Helm 33. Gewählt: Hermann Neufuß-Zinbain.
3. Wahlkreis: Loh 281, Füll 187. Gewählt: Anton Loh-Seinlau.
4. Wahlkreis: Gustav Herrmann-Zinbain mit 304 Stimmen gewählt.
5. Wahlkreis: Lenz 637, Baltes 540, Feldgen 316, Weijel 83. Gewählt: Stefan Lenz und Ernst Baltes-Gummerbach.
6. Wahlkreis: Ernst Rig-Dornap und Johann Eggert-Grünten mit je 265 Stimmen gewählt.

1. Wahlkreis: Jacob Graß-Nammelsbach 808, August Dreher-Banterschen 759, August Simon-Geweiler 730; alle drei gewählt.
2. Wahlkreis: Probst 215, Waigand 83, Waldauf 18, Siebeker 5. Gewählt: Wilhelm Probst-Kaiserslautern.
3. Wahlkreis: Armbruster 263, Glog 91. Gewählt: Gustav Armbruster-Nürnberg.
4. Wahlkreis: Weidenhammer 804, Seibert 433, Vernius 388, Krauß 359. Gewählt: Friedr. Weidenhammer-Hemsbach und Peter Seibert-Niechenbach.
5. Wahlkreis: P. Kraft-Meinheim mit 160 Stimmen gewählt.
6. Wahlkreis: Karlruhe-Freiburg: Fuchs 244, Zech 198, Rannenmacher 146, Schneider 16. Stichwahl zwischen Fuchs-Kappelrodt und Zech-Karlruhe.
7. Wahlkreis: Naumünzger-Lüttschenbach: Eiser 166, Kupfer 154, Friedrich 138. Stichwahl zwischen Eiser-Naumünzger und Kupfer-Vornberg.

1. Wahlkreis: Kollwagen 259, Asn 62, Metz 32. Gewählt: Karl Kollwagen-München.
2. Wahlkreis: Schreier 337, Vogel 109. Gewählt: Heinrich Schreier-Bernd.
3. Wahlkreis: Kaiserhammer-Wunsiedel: Schmeier 194, Matthes 151, Grichtel 126, Giegler 69, Becker 8. Stichwahl zwischen Schmeier-Schwarzenbach und Matthes-Seußen.
4. Wahlkreis: Epipel 334, Schmidt 220. Gewählt: Joh. Epipel-Kirchenslamk.
5. Wahlkreis: Vlauberg-Nöhrnbach: Wirth 256, Lernweber 157, Nupprecht 102, Fichtum 69. Stichwahl zwischen Wirth-Floß und Lernweber-Vlauberg.
6. Wahlkreis: Weidinger 342, Meisinger 180. Gewählt: Haber Weidinger-Hauzenberg.
7. Wahlkreis: Untzlerchen-Rinchnach: Untzlerhofer 262, Sieder 128, Schneider 116, Schmeltzborfer 76. Stichwahl zwischen Untzlerhofer-Meuhaus und Sieder-Meuten.
8. Wahlkreis: Schmidt 495, Schiff 169. Gewählt: Andreas Schmidt-Fürstentstein.
9. Wahlkreis: Müller 197, Werner 41, Schenkel 27. Gewählt: Josef Müller-Groschlattengrün.

1. Wahlkreis: N. Link 360, G. Link 48. Gewählt: Richard Link-Steinach.
2. Wahlkreis: Gegenagel 427, Raub 284. Gewählt: Ludwig Gegenagel-Solnhofen.
3. Wahlkreis: Schulz 178, Hart 55. Gewählt: Julius Schulz-Heibingfeld.
4. Wahlkreis: Küfner 281, Weiß 275. Gewählt: Johann Küfner-Meinrinderfeld.
5. Wahlkreis: Nicolaus Veit-Beil mit 487 Stimmen gewählt.
6. Wahlkreis: Steinrichter 147, Hergenröther 59. Gewählt: Georg Steinrichter-Maroldsweierbach.
7. Wahlkreis: Amorbach-Waldbrunn: Wolf 134, Reichart 114, Reuner 112. Stichwahl zwischen Wolf-Fechenbach und Reichart-Würgstadt.
8. Wahlkreis: Altengronau-Schopploch: Blau 168, Endres 146, Mayer 91, Rühle 14. Stichwahl zwischen Blau und Endres, beide in Nürnberg.

1. Wahlkreis: Wilhelm Schaar-Breitenborn mit 422 Stimmen gewählt.
2. Wahlkreis: Reinhold Auerich-Wölferbütt mit 205 Stimmen gewählt.
3. Wahlkreis: Rehl 313, Mühl 96, Sarholz 52. Gewählt: Josef Rehl-Frankfurt a. M.
4. Wahlkreis: Schulte 237, Carlin 31. Gewählt: Paul Schulte-Kirn.
5. Wahlkreis: Schmitt 446, Mohr 366, Heuß 171, Bäsch 19. Gewählt: Heinrich Schmitt-Mahren und Peter Mohr-Kottenheim.

In acht Wahlkreisen hat eine Stichwahl stattgefunden, und zwar zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Auf jedem Stimmzettel ist nur ein Name zu schreiben.

Die Stichwahlen finden in der Zeit vom 27. April bis einschließlich 3. Mai statt.

Die Wahlprotokolle müssen bis 6. Mai an den Verbandsvorstand eingesandt sein. Die Wahlprotokolle zu den Stichwahlen wurden den Wahlstellen bereits übermittelt.

Der Verbandsvorstand.

Achtung, Verbandsstagsdelegierte! Wer von den Delegierten wünscht, daß ihm ein Quartier nachgewiesen wird, wende sich umgehend an den Kollegen Herrn. Quack, Leipzig-Volkmarstraße, Ludwigstraße 98 III.

Aus den Wahlstellen.

Jungvolk. Die Osterzeit ist für viele Berufsangehörige der Zeitpunkt ihrer Lehrzeit-Beendigung. Soweit es noch nicht geschehen, müssen die jungen Gesellen unserem Zentralverbande zugeführt werden! Auch die jungen Burshen, die von Ostern ab ins Erwerbsleben eintraten, sei es als Lehrling oder jugendlicher Arbeiter, finden Platz in unserem Verbande.

Die Jahrestellensuchenden, Funktionäre und Platzhelfer dürfen diesen Hinweis nicht übersehen.

Kamenz. Am 11. März 1922 lagte hier im Gasthaus zum Kronprinz unsere übliche Monatsversammlung. Trotz der sehr wichtigen Tagesordnung waren die Kollegen nur in geringer Zahl erschienen, und die Ortsverwaltung mußte somit wieder, wie dies in unserer Zahlstelle sehr häufig der Fall ist, feststellen, daß ihre Bemühungen, eine gutbesuchte Versammlung abzuhalten, wieder einmal umsonst waren. Es darf hier nicht unterlassen werden, alle die Kollegen, die nicht anwesend waren, darauf aufmerksam zu machen, daß die gefassten Beschlüsse maßgebend sind, und das Hinterherkritikieren gar keinen Zweck hat, denn die Parole lautet: „Komm in die Versammlungen, wenn du Kritik üben willst.“ Unter „Gewerkschaftliches“ wurde beschlossen, vom 1. April an folgende Beitragsklassen im Bereich unserer Zahlstelle zu führen: 18 M., 11 M., 9 M., 7 M., 6 M., 5 M.; hierzu noch der Lokalaufschlag mit 1 M. Hierauf kamen Tarifangelegenheiten zur Sprache. Es wurde bekanntgegeben, daß der Bezirksrat gefälligst ist. Der Bezirksrat der Pfäfers- und Schotterindustrie soll auf Grund des Reichsarbeitsvertrags § 13 abgeschlossen werden. Weiter wurde ein eingegangener Abrechnungsbericht von der Bezirkskasse verlesen, und stellten sich die Einnahmen auf 2859.— M., die Ausgaben auf 2114.30 M., bleibt ein Restbestand von 744.70 M. Unter Punkt 2 Stellungnahme zum Verbandsstag wurden die Anträge besprochen. Als Delegierter zum Verbandsstag wurde Kollege G. Wagner vorgeschlagen. Da Königsbrück mit Kamenz zusammen vertreten wird, wurde der Vorschlag eines zweiten Kandidaten der Zahlstelle Königsbrück überlassen. Unter Punkt 3 Kartellbericht wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Unter Punkt 4 Beschließenes wurde die Entschädigung für Betriebskassierer auf 5 Prozent festgesetzt. Weiter wurde die Entscheidung des Reichsgerichts beantragt. Es hat die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Oberlandesgericht Sachsen zurückverwiesen.

Berlin. Generalversammlung am 26. Februar im Gewerkschaftshaus. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattet der Kollege Wilsig Bericht. Nach zweieinhalbstündiger Debatte, in der die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt ist, wird folgende Resolution gegen einige Stimmen angenommen: „Die am 26. Februar 1922 im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung der Steinarbeiter Berlins spricht den Spitzenorganisationen ADGB, AIA und sozialistischen Regierungsvereinigungen wegen ihres verräterischen Verhaltens während des Eisenbahnerstreiks sowie städtischen Arbeiter- und Angestelltenstreiks ihr größtes Mißtrauen aus. Die hier Verammelten fordern von allen sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften die Aufgabe der Politik der bedingungslosen Unterstützung der bürgerlichen Parteien, der Auslieferung der Arbeiterkraft an die Verelendungspolitik der Kapitalisten. Wir fordern von den Gewerkschaften, daß sie sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß die Erfassung der Sachwerte, die Konfiskation des Kapitals durchgeführt wird. — Und so durchgeführt wird, daß die Beschlagnahmten zahlen und nicht die Proletarier. — Die hier Versammelten geloben, unermüdet dafür zu arbeiten und zu kämpfen, daß der nächste Kampf ein stärkerer, geschlossener, zielbewußtes Proletariat finden wird, das instand sein wird, trotz aller Anfeindungen und Hindernisse zusammen zu stehen, zusammen zu kämpfen und zusammen zu siegen.“ Hierauf gibt Wenzel den Kassierbericht für das 4. Quartal 1921 und ergänzt den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Von einem Kollegen wird die Entschädigung der Hilfskassierer und die Bezahlung der Betriebskassierungen moniert. Ein Antrag: Die Betriebe haben die Entschädigungen für die Betriebskassierungen selbst zu tragen, wird abgelehnt und dem Kassierer einstimmig Entlohnung erteilt. Als 1. Vorsitzender und Ortsangestellter wird Wenzel mit Majorität gegen den Kollegen Holzjäger wieder gewählt. In die Gausleitung werden die Kollegen Burde, Domann und Sieben gewählt. — Die Sektion I Wertstein- und Grabmalbranche war am 3. März im Engl. Hof, Alexanderstraße, verammelt, um den Bericht der Tarifkommission entgegenzunehmen. Da die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt, wird die Versammlung nach längerer beschaffter Debatte auf den 7. März vertagt. In dieser Versammlung erstattet der Kollege Wenzel dann Bericht von den Verhandlungen. Nach sehr ausgiebiger Debatte wird das Ansehen in gemeinsamer Abstimmung angenommen. Die Neuwahl der Tarifkommission ergibt die Kollegen Michaels, Fests, Jandt und Sieben. Zur Unterstützung der streikenden Marmorarbeiter wird beschlossen: „Alle Kollegen, die voll arbeiten, haben während der Dauer des Streiks 20 Mark Extrazulage pro Woche zu zahlen.“

In der Versammlung am 3. März 1922 wurde auch die Sektionsleitung gewählt und zwar Kollege Karl Verhehen als Sektionsleiter, Kollege L. Sieben als Schriftführer, Kollegen Martens und Fests als Beisitzer und Kollege Herm. Marquardt als Revisor. Auf Anregung des Kollegen Holzjäger soll in der nächsten komb. Versammlung ein Vortrag über das deutsche Wirtschaftsproblem gehalten werden.

Essen. Am 5. März 1922 fand in Essen die Bezirksversammlung für den 1. Wahlkreis des 5. Gaues statt. Es waren 18 Zahlstellen durch 17 Delegierte vertreten. Tagesordnung: Bericht des Gauleiters, Agitation und Organisation und Stellungnahme zum Verbandsstages. Der Gauleiter Braun teilte mit, daß eine Gauskonferenz nicht abgehalten werden könne, mit Rücksicht auf die entstehenden Unkosten der Zahlstellen. Es sollen für die einzelnen Bezirke Bezirkskonferenzen einberufen werden. Sodann erstattete B. Bericht über seine Tätigkeit. Im Baugewerbe war die Verwendung von Naturstein ganz minimal. In der Marmorindustrie war die Konjunktur gut. Auch das Pfäferssteingeschäft ging zeitweise flott. Im Absatz fehlte es in den Wäldern und in den Schotterwerken, weil Staat, Provinzial- und Kommunalbehörden an allen Ecken sparen wollen. Im Ruhrlandsteingebiet war der Absatz zufriedenstellend, nur fehlt es den Unternehmern an Facharbeitern, sie haben deshalb beim Landesarbeitsamt in Düsseldorf Facharbeiter aus Italien beantragt. Wir sind dagegen, weil noch viele Berufskollegen in anderen Berufen tätig sind und gern wieder zum Beruf zurückkehren würden, wenn die Steinbruchsbesitzer sich bequemen, die Bundesratsverordnung einzuhalten und Löhne zu bezahlen, die dem schweren und ungesunden Beruf entsprechen. Der 5. Gau zählt 68 Zahlstellen (wovon 7 neu gegründet wurden) mit 5500 Mitgliedern. Bezirksrat und Gauleiter sind. Die meisten Streiks sind zu unseren Gunsten erledigt worden. Die Agitation im Kalksteingebiet wird sehr erswert durch das gemeinsame Vorgehen des deutschen und christlichen Fabrikarbeiterverbandes. Sie erklären, die Kalksteinarbeiter seien Fabrik- und keine Steinarbeiter. Die Arbeiter sind daher sehr erobert, und der ADGB muß unter allen Umständen die Zuständigkeit prüfen. Der Gauleiter gedenkt wieder eine Gausfasse und eine Wanderbibliothek einzuführen. Dann hofft er, daß die Kollegen der „Freien Steinarbeitervereinigung“ von Elberfeld und Düsseldorf wieder den Weg in unsere Reihen zurückfinden. — In der Diskussion sagte Kollege Bauer, Essen, daß die Unternehmer nach gelehrten Arbeitern suchen. Auch müsse noch ein Teil der Wanderbibliothek vorhanden sein. Sodann wurde in längerer Ausführung das Verhalten mancher Gauleiter und Angestellten kritisiert. Im Schlußwort streifte Braun nochmals den Bezirksrat. Dann wurden die einzelnen Anträge zum Verbandsstag durchberaten. Es lagen zwei Anträge der Gausleitung und zehn Anträge von fünf Zahlstellen vor, wovon drei abgelehnt wurden. Bei den Beratungen der Anträge wurde eine lebhafteste Debatte geführt. Besonders der Antrag Essen: Neuanstellung des Schriftleiters für den Steinarbeiter, führte zu einer lebhaften Aussprache. Kollege Bauer, Essen, und Koch, Düsseldorf, rügten scharf die einseitige Schreibweise des Kollegen S. Siebold. Auch die Berichte wurden durch Siebold geführt oder gar nicht gebracht. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 5. März 1922 in Essen tagende Bezirkskonferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter spricht dem Schriftleiter, Kollegen S. Siebold, ihr schärfstes Mißtrauen aus infolge seiner einseitigen Schreibweise.“ Bauer, Essen, nachdem die Anträge alle erledigt waren, wurden die Delegierten zum Verbandsstages aufgestellt. Es waren vorgeschlagen: Bauer, Essen, Hirschler, Duisburg, Koch, Düsseldorf. In geheimer Wahl wurden Hirschler und Koch als Delegierte aufgestellt. Nach Dankesworten des Verhandlungsleiters wurde dann die Konferenz geschlossen.

Speppenheim. Am 11. März fand in der Wirtschaft zur Bergstraße eine Versammlung statt. Kollege Mai und Stappel gaben Bericht von der Unterhandlung in Reichenbach. Kollege Stappel gab bekannt, daß der Vertrag, der von seiten des Herrn Kreuzer mit unsern Kollegen abgeschlossen wurde, und in dem sich zwei Fremdwörter befinden, die uns dauernd bei unsern Lohnbewegungen schaden, unbedingt beseitigt werden müßte. Im weiteren wurde hervorgehoben, daß die Betriebe in dem hinteren Obenwald uns bei

allen Unterhandlungen hinderlich sind; es ist zu überlegen, ob wir die Betriebe an der Bergstraße vom Obenwald bei allen Unterhandlungen trennen. Auch wurde gerügt, daß man im „Steinarbeiter“ für diese Unternehmer noch Steinarbeiter sucht. Es wird verlangt, daß die Annoncen von Herrn Kreuzer so lange abzuheften sind, bis dieser Vertrag vom November 1921 zurückgezogen ist und bis die Herrn gewillt sind, ihre Leute so zu bezahlen, wie es in den andern Industrien der Fall ist. Auch wurde beschlossen, sofort eine Keuerungszulage einzureichen. Als Delegierter nach Bensheim zur Bezirkskonferenz wurde Kollege Stappel gewählt, der diesen Antrag mit aller Energie zu vertreten hat. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung bildet die Gauskonferenz. Einige Kollegen waren der Ansicht, daß die Gauskonferenz überflüssig sei. Die Diskussion ergab aber, daß es doch besser sei, wenn man die Gauskonferenz besäße, um mit den Kollegen Fühlungen zu nehmen über den in Schwabe stehenden Reichsmerkttarif. Auch hier ist man der Ansicht, daß der für uns nur eine Verschlechterung bedeutet, genau so wie der Reichslohntarif in der Schleifereigruppe. Als Delegierter zur Gauskonferenz wurde Kollege Moosmüller gewählt. Auch wurden einige Anträge zum Verbandsstag gestellt. Auch wurde über die Verschmelzung mit den Bauarbeitern besprochen, die Versammlung ist der Ansicht, daß es für uns nur zum Vorteil wäre. An die Zentralleitung wurde Kritik geübt, man ist allgemein der Ansicht, daß diese Kollegen mit den in Beruf stehenden Kollegen die richtige Verbindung verloren haben. Man hofft, daß der Verbandsstages Abhilfe schafft.

Dornap-Wälfrath. Am Sonntag, dem 12. März, fand in Elberfeld eine Bezirkskonferenz für den Kalk- und Dolomitschieferbezirk Rheinland-Westfalen statt. Gauleiter Braun erstattete Bericht über seine Tätigkeit. Er deckt sich mit dem, was im Essener Bericht zu lesen ist. Dann wurde mitgeteilt, daß in Zukunft von jeder verkauften Marke 2 Pfennig aus den Lokalfassen an die Gausfasse abzuführen ist, auch beabsichtigt die Gausleitung eine Wanderbibliothek einzurichten, woran sämtliche Zahlstellen Anteil haben sollen. In der anschließenden Diskussion wurden die einzelnen Punkte von zahlreichen Kollegen besprochen. Die Tätigkeit des Gauleiters wurde anerkannt. Was die Organisation der Fabrikarbeiter anbetraf, wurde betont, daß ein Organisationsführer tatsächlich einen Bezirk gegen den anderen auszuspielen versuchte. In Punkt Bildung, wurde von den Diskussionsrednern betont, müsse unbedingt unsere Zentrale etwas unternehmen, z. B. Beihilfen zur Betriebskassierung. In puncto Facharbeitermangel wurde von allen Seiten die Forderung aufgestellt, keine Ausländer (Italiener, Russen und Polen) in Deutschland einreisen zu lassen, da wir noch im Inlande über genügende Arbeitskräfte verfügen. Zu Punkt 3 wurden die Anträge zum Verbandsstages besprochen und ergänzt. Als Delegierte wurden die Kollegen G. Mir und J. Eggert sowie die Ersatzeleute J. Bonelmann und G. Budzisz einstimmig vorgeschlagen. Damit endigte die an und für sich anregende Konferenz.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

B. W. B. Der Optimismus, mit dem man fast in der ganzen zivilisierten Welt der Konferenz von Genua entgegen sah, ist nach den ersten Sitzungen und besonders nach Beginn der Beratungen in den Kommissionen, stark abgeklaut. Es war vorausgesehen, daß die Vertreter der verschiedenen Staaten in ihren Eröffnungsreden die Bereitwilligkeit zur Verständigung und zu gemeinsamer Arbeit besonders stark unterstreichen würden, denn wer möchte in dieser Zeit den Vorwurf auf sich laden, daß er einen ernstlichen Versuch zur Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher und politischer Zustände in Europa geistlich hintertrieben habe. Je mehr man sich jedoch mit Einzelfragen beschäftigt, um so deutlicher treten die alten unausgeglichenen Gegenjäre wieder hervor und um so schärfer plätzen die Meinungen wieder aufeinander. Man braucht nur aber deshalb die Hoffnung nicht ganz sinken zu lassen. Wohl wird die Konferenz von Genua in den wichtigsten Fragen, die heute die Welt bewegen, nicht sofort greifbare Resultate zeigen, sie ist aber unzweifelhaft ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu Verständigung und gemeinsamen Arbeit. Schon wenn durch die Konferenz in die bisher noch sehr unzugänglichen Gemüter die Ueberzeugung hineingetragen wird, daß Deutschland und auch Rußland zu ehrlicher Mitarbeit bereit sind, und daß die Verhandlung mehr Erfolg verspricht als alle Diktate und militärischen Maßnahmen, so ist damit einiges gewonnen. Es ist ersichtlich, daß die von den führenden Staaten auf der Konferenz vorgebrachten Denkschriften und Reformpläne noch allzusehr den jeweiligen eigenen Interessen Rechnung tragen und zu wenig Möglichkeiten bieten, eine gemeinsame Grundlage für die Weiterentwicklung zu finden. Aus der stark ablehnenden Haltung Frankreichs in gewissen Kernfragen erklärt es sich, daß auch die Denkschriften der übrigen Mächte, vor allem Englands, gerade über diese Probleme mit allgemeinen unerblicklichen Redensarten hinweggleiten und zum Teil Gemeinplätze und Platitudeen enthalten, die in derart wichtigen Dokumenten eigentlich nicht zu finden sein sollten. Wenn zum Beispiel in der Einleitung des englischen Memorandums gesagt ist, daß die Erschütterung des Währungsstems eines Landes wesentlich durch das Mißverhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe des Staates hervorgerufen werde, so kann man sich des Gedankens an Inkel Brüssels klassischen Ausspruch kaum erwehren, daß die allgemeine Armut von der „großen Bohwecke“ komme. Man vermeidet es ängstlich, an die Wurzel des Übels heranzugehen. Auch hierin kann bei längerer Dauer der Konferenz doch noch ein Fortschritt eintreten. Sehr engherzig und von dem Bestreben nach Ausschaltung Deutschlands geleitet sind die Vorschläge der Londoner Sachverständigenkonferenz für den Wiederaufbau Rußlands. Keine russische Regierung, von welchen Parteien sie auch gebildet sein mag, kann diese Zumutungen annehmen. Das hieße abermals die Dinge auf den Kopf stellen. Wenn in dieser engherzigen Weise weiterverhandelt werden sollte, dann wäre allerdings der Mißerfolg der Konferenz so gut wie sicher. Man darf die Gefahr der weiteren Verelendung in Rußland und des Hinabgleitens Deutschlands in östereuropäische und russische Verhältnisse nicht unterschätzen. Der Tag, an dem über alle diese Dinge freimütig und ohne ängstliche Einschränkungen gesprochen wird, darf nicht mehr weit hinausgeschoben werden; denn sonst wird nicht nur Lloyd George, wie er wichtig bemerkte, den Tag nicht mehr erleben, sondern ganz Europa wird darüber in die Brüche gehen.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.

Das starke Anwachsen der Teuerung in den Monaten Februar und März d. J. kommt nunmehr auch in den statistischen Berechnungen voll zum Ausdruck. N. Calver berechnet in der bekannten Weise die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelbedarfs einer vierköpfigen Familie im März 1922 auf 778.96 Mark gegen 674.30 Mark im Februar d. J. und 356.19 Mark im März 1921. Die Steigerung beträgt gegen den Vormonat 15.5 Prozent gegen Dezember 1921 51.4 Prozent und gegen März vorigen Jahres 118.7 Prozent. Die Anzeiger, der die Lebensmittelpreisstatistik von zirka 200 deutschen Plätzen zugrunde gelegt wird, zeigte von 1914 bis jetzt folgende Bewegung:

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes pro Woche in Mark			
	März	Jnder	März
1914	25.08	1920	167.60
1918	57.00	1921	356.19
1919	67.90	1922	778.96

Hieraus sind die Lebensmittelpreise seit März 1914 durchschnittlich etwa auf das 31fache gestiegen. Ein Vergleich, der für die einzelnen deutschen Plätze berechneten Indexzahlen bestätigt die schon in den vergangenen Monaten gemachte Beobachtung, daß die Teuerung in dem von fremden Betrugszetteln besetzten Gebiet und in dessen nächster Nachbarschaft viel stärker gestiegen ist als in dem übrigen Deutschland. Es ist zum Beispiel bezeichnend, daß die meisten Plätze des Rhein-

Landes-Indizes aufweisen, die weit über 800 liegen. Saarbrücken hat mit einer Indizeszahl von 983,96 Markt einen wenig erfreulichen Rekord erreicht. Für die Märzmonate der Jahre 1920 bis 1922 ergaben sich an eine Anzahl von Märkten in verschiedenen Teilen Deutschlands folgende Indizes:

März	1920	1921	1922
Königsberg	142,44	314,67	669,84
Groß-Berlin	195,07	395,70	828,87
Breslau	180,08	314,55	699,15
Hannover	162,90	351,69	798,06
Böhm.	148,53	348,45	826,71
Dortmund	151,35	393,66	804,81
Frankfurt a. M.	238,89	387,33	804,24
Köln	228,57	425,76	884,54
Nachen	215,67	457,98	980,57
Stuttgart	117,66	299,22	732,99
München	163,14	259,02	693,24
Leipzig	138,69	372,12	755,13
Hamburg	162,42	367,29	744,66

Auffallend niedrige Indizeszahlen ergeben sich für den Freistaat Danzig, wo die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes mit 505,92 Markt berechnet wurden.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Eine beachtenswerte Erweiterung des Interessentenkreises (Kongress) durch eine kurze geschäftliche Mitteilung berichtet „Der Steinbruch“: „Mit dem Ein in Dresden ist die Sächsische Granit-Altien-Gesellschaft vormals C. G. Kunath mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark unter Mitwirkung der Basalt A.-G. in Linz a. Rh. gegründet worden. Den Vorsitz im Aufsichtsrat und die Direktion haben die bisherigen Inhaber der offenen Handelsgesellschaft, Herr Kommerzienrat Bruno Hitzig und Herr Paul Zahn, übernommen.“

Diese Erweiterung spricht gerade nicht dafür, daß die Aussichten für die Hartsteinindustrie augenblicklich und auf absehbare Zeit etwa ungünstig stehen. Die in Aussicht stehenden Reparationslieferungen haben gewiß nicht wenig zu dieser Bindung beigetragen.

Eine krämerhafte Auffassung. Im „Steinarbeiter“ konnte schon wiederholt auf den Geist hingewiesen werden, der die Hartsteinindustriellen als Gesamtheit im Wurzeln-Grimm der Steinbruch-Gesellschaft befeuert. Sie gehören ihrer Organisation an, ja, aber die von dieser Zentralorganisation mit den Arbeiterorganisationen getroffenen Tarifvereinbarungen und Schlichtungsinstanzen, besonders deren Entscheidungen werden nur recht widerwillig oder überhaupt nicht respektiert. Kürzlich hat das sächsische Tarifamt in Dresden eine Entscheidung gefällt, nach der vom 23. 3. 1922 an die von ihm als richtig erkannten Löhne (die noch bedeutend hinter anderen Industrielöhnen zurückbleiben) zu zahlen sind. Diese Entscheidung paßt natürlich der betreffenden Unternehmerrunde wiederum nicht. Gelegentlich einer Verhandlung in anderer Gelegenheit, wobei es sich um die Entlohnung der Steinbruchschmiede handelte, erklärte der Vertreter dieser eigenartig eingetrennten Industriellengruppe, sie könnten den Dresdener Tarifamts-Entscheid nicht anerkennen, weil er von — der Konkurrenz gefällt wurde! So haben diese Herren immer ihre Gründe, immer ihr Prinzip, und wenn schließlich unsern Kollegen im Bezirk wieder einmal die Sache zu dumm wird und sie Brechstange, Schlägel und Eisen ruhen lassen, dann haben diese Industriellen wieder ihre besonderen Gründe und Prinzipien über die — nicht völlige Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten. Dieser Krämergeist ist eine alte Ueberlieferung dortiger Verhältnisse und guckt den Steinindustriellen aus jedem Knopfloch heraus, obgleich ihnen nicht unbekannt sein kann:

„Mann mit zugeknöpften Taschen,
dir tut keiner was zuliebe.
Hand wird nur von Hand gewaschen;
wenn du nehmen willst, so gib!“

Gewerkschaftliches. Der Redakteur der „Ameise“ (Organ des Boykottarbeiterverbandes) Johann Schneider ist 56 Jahre alt einem Lungenleiden erlegen. Der Verband verliert in ihm eine emsige und gut orientierte Arbeitskraft, die ihn um so höher verehrt, weil er erst vor kurzem den zweiten Vorsitzenden Welzel durch Tod verloren hat.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in letzter Zeit viele tüchtige Kräfte aus führenden Stellungen eingebüßt.

Der Reichstarifvertrag im Baugewerbe scheint in seiner Erneuerung nunmehr gesichert. Die Unternehmer hatten anfänglich eine Taktik beobachtet, die man nur als Engstirnigkeit bezeichnen kann. Die Gegenläufe prallten scharf aufeinander und eine Verständigung ohne ernstlichen Kampf schien ausgeschlossen. Das ist die alte Methode, große Arbeitgeberkreise haben von dieser noch sehr viel in sich und können die Provokationen bei Einleitung von Tarifverhandlungen nicht unterlassen. Die Entscheidungen über die Annahme der nun vereinbarten Richtlinien und Bestimmungen bleibt den Verbandstagen überlassen, bis dahin wurden die abgelaufenen Verträge im Hoch- wie im Tiefbau verlängert.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 11. März bis 15. April 1922.

Beserlingen 3.—, Flensburg 36.— und 32.—, Montabaur 8.—, Arndten Inf. 36,50, Osnabrück Inf. 32,50, Löbau 6000.—, Odersbach 700.—, Orbis 131,50, Plauen 2000.—, Letmathe 2000.—, Liegnitz 500.—, Hamburg 7840.—, Friedberg Inf. 24,50, Pretzin 50.—, Ahrensböck 48.—, Aub 70.—, Baumgarten 78.—, Stadtilm 28.—, Herdecke 1800.—, Eberbach (Wd.) 195,60, Dramburg 1375,50, Gemünden 800.—, Gembsch 10 000.—, Königshain 2000.—, Nieder-Ramstadt 1000.—, Römshild 800.—, Stettin 3000.—, Eisleben 5.—, Nachitz Inf. 24,50, Oberreitau 120.—, Züllichau 180.—, Stettin Inf. 72,50, Wildsteig 50,40, Bierath 312,60, Dossenheim 3000.—, Nonheim 500.—, Grimma 5000.—, Neumark i. Sa. 960.—, Malschin 24,50, Naalsdorf 24.—, Fallersleben 98.— und 84.—, Köpenrother Ley 78.—, Nriß Inf. 20,50, Frankfurt a. M. Inf. 40,50, Mhlau 72.—, Wismar 72.—, Ariescht 161.—, Beucha 4500.—, Salsch i. Sa. 2000.—, Pilgramsreuth 500.—, Neumark i. Sa. Inf. 20,50, Magdeburg Inf. 44,50, Anspach 52.—, Gütersloh Inf. 28,50, Röhningen Inf. 84,50, Bekdorf Inf. 72,50, Sprockhövel 1500.—, Eningen 58.—, Kerleberg 49,50, Marienburg 37.—, Landstuhl 136.—, Guben 650.—, Nürnberg 529,70, Nieja 382.—, Maulbronn 1000.—, Hamburg 5500.—, Greiffenberg 600.—, Raderborn Inf. 24,50, Crinitz 73.—, Cottbus 28.—, Sunswinkel 980.—, Hasserode 6000.—, Wernburg 2000.—, Aderleben 8000.—, Gösch a. M. Inf. 56.—, Dessau Inf. 20.—, Ransprünge Inf. 16.—, Weinböhla 110.—, Ruhland 72.—, Weinböhla 12.—, Wödingen 296.—, Forst 95.—, Genthin 52.—, Salsch 10 000.—, Löbau 12 000.—, Ober-Bassingen 827,80, Neubrandenburg 26.—, Lenzig 81.—, Pölsig 91.—, Wenzig 36.—, Lobendorf 30.—, Münchenberg 91.—, Niegersdorf Inf. 40,50, Königshain 3000.—, Freudenberg 1000.—, Baumholder 1123.—, Naalsdorf 31,50, Kerleberg 96.—, Ob-Waldenburg Inf. 49.—, Beuthen Inf. 24,50, Gembsch 5200.—, Wildschütz 3000.—, Zinshain 4000.—, Orbis 600.—, Köslin 600.—, Martinlamitz Inf. 48,50, Hohersherba 283.—, Marienkirchen 143.—, Prölsdorf 13.—, Bad Lausitz 130.—, Berlin 293,40, Altwarthau 2500.—, Kunfirchen 5297,50, Mühlheim 1000.—, Bierath 440,20, Döbeln 26.—, Sameln Inf. 50.—, Reichenbach i. Vogl. 386.—, Schm.-Hall 42.—, Bad Lausitz 145.—, Oelsnitz 94,50, Bunziedel 2311,75, Triefendorf 1255.—, Großlattengrün 2396,40, Görlitz 2188,70, Leipzig 5018,60, Weidheim 798,50, Crottendor 1235.—, Freyburg a. U. 1391,90, Geising 1851,90, Halle 1322,40, Gerrenheide 1327,50, Kraftsdorf 1000,40, Löbejün 2931,90, Magdeburg 1572,70, Queckborn 556,40, Troffenfurt 605,10, Treffurt 1381,30, Waldenburg 395.—, Osnabrück Inf. 30.—, Landsberg Inf. 120,50, Osnabrück Inf. 24,50, Stadtilm 30.—, Mäcken 91.—, Nonnenbach 52.—, Blaubeuren 63.—, Ilmenstadt 31.—, Nelle 158,50, Anspach 2116,40, Altenhain 8000.—, Bochum 1497,50, Werbersdorf 2617,70, Weyreuth 1306,70, Bischofsheim

1316.—, Crailsheim 1793,50, Ebersbach i. Sa. 2875,90, Oberhardenreuth 881,90, Großheubach 2401,70, Hamburg 9093,90, Hohenleuben 3953,90, Hornberg 2000.—, Metten 1000.—, Oberriehberg 2064,80, Penig 866,10, Nieja 1296,40, Nottenbauer 2595,10, Trier 2261,90, Zuntzdorf 1000.—, Wehlar 4883,80, Wriezen 323.—, Klippshausen 1166,80, Danzig 626,70, Erdbach 1893,40, Frankfurt a. O. 1995,90, Gohsa 1594,50, Neumark i. Sa. 783,60, Obermörten 1224,10, Römshild 2263,20, Weisenburg 3182,50, Jagtfeld Inf. 48,50, Tiefenstein 69,60, Weizenfels 1573.—, Neberlingen 518,70, Schlegel 384,30, Raittenberg 766,40, Raderborn 494,40, Plauen 1003,90, Oßsch 2569.—, Marktfeuthen 3566,20, Mannheim 103,40, Maxlein 419,60, Langenberg 1208,40, Langensalza 3356,50, Raittenordheim 3689,90, Königshain 2306,40, Königsbrück 3000.—, Hamburg 8000.—, Grimma 4641,70, Goldberg 1757,40, Fürstentwald 2827,90, Feldberg 895,70, Eichstädt 134,10, Dietesheim 1827,15, Dessau 986,90, Derdingen 1386,80, Demitz 118,70, Lingen 100.—, Kastellau 90.—, Treuen Inf. 29.—, N.-Königshain Inf. 30.—, Leipzig 28.—, Lützen 77.—, Bekdorf Inf. 96,50, Teuchern Inf. 20,50, Asbach 4100,20, Alsenleben 361,50, Elgershausen 3516,80, Hildesheim 1754,50, Hof 979,80, Königswalde 2250,10, Liegnitz 1531,40, Lippe 1370.—, Münster 885,60, Meenhen 2398,60, Raumberg 768,20, Neustift 1685,50, Röllfeld 923,70, Reichenberg 2460,40, Solnhofen 4569,50, Theuma 1660,10, Viechtach 560,40, Wenig-Radwitz 1507,50, Wernsdorf 165,40, Wiegersdorf 1231,50, Weidenberg 453,10, Raucha 2266,20, Selb 2902,70, Sülptingen 2881,20, Sparned 2245,80, Ruppach 1547,20, Osterode 1700,20, Mühlbach 2316.—, Mainz 1682.—, Meissen I 3565.—, Lauterbach 3302,10, Zollar 885,10, Landsberg 1116,10, Langenlaimheim 6285,10, Ludwigshafen 5541,50, Lüneburg 25,50, Kellheim 2000,60, Ramenz 20 481,80, Karlsruhe 12 567.—, Hochwegen 2121,70, Freudenberg 444,90, Ebergöns 1329,80, Enspel 4187.—, Dreißbach 192,75, Dramburg 990,40, Lichtenfels 592,60, Allendorf 2388,70, Karlsruhe (Steiner) 8.—, Blankenburg 260.—, Wellendingen 45.—, Bodenswör 40.—, Bantorf 621,50, Dornreichenbach 2855,80, Gera 1832,50, Greiz 151,80, Mühlhausen, Thür., 2419,70, Meidenbach 4282,80, Niederlinda 3419,80, Saalburg 2940,20, Winterhausen 4059,90, Wechselburg 3691,15, Wurzen 7197,30, Hildesheim Inf. 72,50, Nördlingen 729,40, Wirsberg 2088,60, Würzburg 3822,70, Willmar 1271,80, Steinwiesen 1910,60, Stade 1788,70, Steinach 19 339,50, Ströbel 12 524,05, Stuttgart 2097,80, Schmalenried 242,10, Schirgshalde 577,30, Schopfloh 532.—, Schwargenbach 4215,85, Saafen 247,90, Seuffen 4943,40, Rothbach 1303.—, Radelshausen 344,20, Nühle 1018.—, Rosdorf 5061,70, Pforzheim 3030,15, Ober-Wessingen 452,40, Odersbach 1118,60, Neustadt a. S. 540.—, Kößig 834,50, Riel 2457,60, Iphofen 1040,60, Homburg 1982,50, Hornberg 1430,35, Salsch i. Sa. 7540,30, Herdecke 397.—, Weinau 7672.—, Giersdorf 2965,80, Gokmannsdorf 1226,50, Frankfurt a. M. 8991,20, Effen 634.—, Eifelstadt 2350.—, Dreißbach 1345,35, Darmstadt 330,50, Düsseldorf 2874.—, Crefeld 1565,60, Köln 3236,50, Brandenburg 278,80, Breslau 6997,30, Albersweiler 4743.—, Wifenz 575,20, Schreiberhau Inf. 10,60, Dippoldiswalde 95.—, Dobrilugt 100.—, Schmölln 91.—, Flensburg 274,50, Brome 150.—, Altena 1445,90, Nachen 2186,20, Bremen 8000.—, Bühlberg 2416,70, Blauberg 1561,30, Bruckmühl 1036,35, Bernsdorf 1544.—, Bürgstadt 1368,20, Cravimtel 100.—, Edenstetten 1517,40, Freudenstein 3111,30, Gahma 1015.—, Salsch 8273,70, Hohenau 1910,35, Herford 1365,50, Osnabrück 2110,20, Gohburg 14 959,50, Haslach 3663,60, Hammelbach 224,40, Gedholzhausen 2818,60, Kl.-Steinheim 2207,70, Königshain 2306,15, Rürnberg 1011,10, Kirchenlamitz 6526,20, Neustettin 567,80, Niederlamitz 7288,50, Oberdorf 1470,80, Oberachstetten 843.—, Orbis 383,80, Rößne-Saalfeld 167,50, Quentel 620.—, Randerader 4044,20, Röllfeld 132,20, Rinderbürgen 4161,80, Rosdorf 2696,50, Wiesbaden 3120.—, Wilmann 1636,90, Widaun 924,90, Sameln Inf. 22,50, Wolfshagen 1427,50, Wallersleben 84.—, Riel 7.—, Reinersreuth 3682,60, Zinshain 4852,08, Weidersberg 498,90, Wildsteig 316.—, Waldkirchen 1722.—, Weichenitz 8077,40, Viechtach 130.—, Wierath 1853,30, Wilm 3046,95, Tröstau 4907,85, Tittling 2103,30, Stadtprojetten 46,50, Singitz 2010,35, Spreitz 2273,90, Spechtbrunn 1702,20, Selb 1113.—, Seebach 3535,20, Nauenberg 700,80, Raumünzach 262,60, Nöhrbach 1604,60, Prenzlau 188,50, Pilgramsreuth 850,80, Pirna 26 611,59, Oberhagen 2286.—, Ober-Widdersheim 1922.—, Odersbach 2510,70, Oßsenburg 372,70, Osnabrück 3414,90, Meltenbach 1814,75, Mühlheim 1565,50, München 9294,70, Lauterbach 6824,80, Lutter 1610.—, Ardenbach 1998,40, Rinditz 9122,70, Kupferdreh 966,10, Immenhagen 2043.—, Jena 460,70, Söfermühle 2845,30, Harbigen 125,60, Girsbachsdorf 1174.—, Gleichamberg 1655,60, Gruten 6410.—, Groß-Kunzendorf 10 500.—, Greiffenberg 900.—, Göttingen 957,50, Fürsteneck 5405.—, Friedenhäuser 1205,10, Dillingen 857,90, Deidesheim 3106,10, Raffel 1697,60, Almbacherbach 2457,30, Bischofsgrün 1329,40, Braumlage 3005,40, Braunschweig 3064,50, Effen Inf. 108,50, Pretzin 52.—, Crimmitschau 161,50 M. Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Steinarbeiterzustellung. Bestellungen über mehr oder weniger Exemplare sind nach wie vor an die Versandstelle (Hauptbureau des Verbandes) zu adressieren. Adressenänderungen der Zeitungsempfänger können seit 1. April nur berücksichtigt werden, wenn sie mit Angabe des zuständigen Postamts in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober gemeldet werden.

Beschwerden über ungenügende und unpünktliche Zeitungszustellung sind seit 1. April stets bei dem zuständigen Postamt anzubringen. Beschwerden über ungenügende Zustellung bei der Post sind allerdings nur dann berechtigt, wenn die benötigte Zahl bei der Versandstelle, Zeiger Str. 32, IV., angemeldet wurde.

Strasporto muß vermieden werden! Neuerdings verfallen einige Schriftführer auf die Idee, geschriebene Versammlungsberichte als Druckfäße zu frankieren. Das ist falsch und kostet jedesmal 3 M. Strasporto. Wenn auch die Berichte schließlich gedruckt werden sollen, so sind sie damit noch lange nicht selbst Druckfäße nach den Begriffen des Posttarifs. Als Druckfäße kommt beim Postfah nur in Frage, was bereits gedruckt wurde und nicht, was erst gedruckt werden soll.

Betrifft den Extrabeitrag für April: Die dänische Ausperrung wurde vor zirka einer Woche aufgehoben. Damit ist die Leistung des Extrabeitrag, wie in Nr. 13 bekanntgegeben, hinfällig geworden. Wo der Extrabeitrag bereits geleistet wurde, ist er auf die laufenden Beiträge anzurechnen! Ebenso werden für diesen Zweck bereits an die Hauptkasse abgeführte Gelder auf die laufenden Beiträge in Anrechnung gebracht.

Die dänischen Arbeitsbrüder haben den Angriff der Unternehmer auf den Achtstundentag abgelehnt, auch sonst nicht ungünstige Zugeständnisse erreicht.

Um bis zum Verbandstag am 22. Mai 1922 die Abrechnung vom 1. Quartal fertigstellen zu können, müssen die Abrechnungen sämtlicher Zahlstellen bis spätestens am 30. April im Besitze der Hauptkasse sein.

Es ist Pflicht jeder Zahlstellenverwaltung, durch pünktliche Abrechnung zu ermöglichen, daß dem Verbandstag ein einwandfreies Bild von der Auswirkung der letzten Erhöhung der Beiträge und Unterstützungsätze vorgelegt und gegebenenfalls auf dieser Grundlage weiter gebaut werden kann.

Verschiedene Zahlstellenverwaltungen sind der irrigen Auffassung, daß mit dem Uebertritt von einer niedrigeren in eine höhere Beitragsklasse auch jetzt wieder gleichzeitig die höhere Unterstützung in Kraft tritt.

Das gleichzeitige Inkrafttreten der höheren Unterstützungsätze mit der Beitragserhöhung am 1. Januar 1922 war ein Ausnahmefall — beschlossen im Einverständnis mit dem Verbandsauschuß. Für alle nach dem 1. Januar 1922 erfolgten Uebertritte von einer niedrigeren in eine höhere Beitragsklasse sind immer noch die Bestimmungen des Statuts maßgebend, wonach erst mindestens 6 Monate in der höheren Klasse bezahlt sein muß, bevor die höheren Unterstützungsätze in Frage kommen können.

Adressenänderungen.

2. Gau.
Hodenau, Post Neudorf. Vorf.: Johann Zechals.
Königsbrück. Vorf.: Erwin Schönell, Siedlung a. Schindelmald.
3. Gau.
Bernburg. Vorf.: Wilh. Heinecke, Blöskau, Alsbener Str. 47c.
Beucha. Kass.: Richard Adler, Nr. 52.
Crostendorf. Vorf.: Arno Wenzel, Nr. 193c.
Hofburg. Kass.: Otto Landgraf, Köchnig bei Wurzen.
Mellenbach. Vorf.: Ernst Köhler, Oberhöfing, Post Königsee (Thür. Wald).
4. Gau.
Fürstentwald. Post Weimbreffen (Bez. Kassel). Kass.: Martin Friede, Nr. 72.
5. Gau.
Nachen. Kass.: Joh. Sistenich, Altdorfstr. 31, p.
Crefeld. Vorf.: Johann Krub, Haus Haidek. Kass.: Heinrich Hoffmann, Gladbacher Str. 144.
6. Gau.
Asbach. Vorf.: P. Fischer, Lichtenberg i. Odenw., Post Niedernhausen, Hessen.
Neustadt a. S. Vorf.: Peter Weyrauch, Haardt.
Orbis. Vorf.: Philipp Baldauf.
7. Gau.
Hauzenberg. Vorf.: Franz Hausteiner.
München. Vorf.: Karl Rollwagen, Hirchgartenallee 18, I.
8. Gau.
Fechenbach. Vorf.: Pius Wolf.
Solnhofen. Vorf.: Ludwig Gegenagel, Nr. 99.
9. Gau.
Radelshausen. Vorf.: Philipp Becker. Kass.: Heinrich Hergel.

Briefkasten.

Ob. Verbandsmitglieder, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen, um ihrem Anwesen (Landwirtschaft) vorzuziehen, haben auch während dieser Zeit ihre vollen Beiträge zu leisten. Denn das ist alles andere, nur keine Erwerbslosigkeit im Sinne unseres Statuts, die zur Ablegung von Erwerbslosensmarken berechtigt.

B. B. Das Gesetz sieht diesen Abzug nicht vor. Die Kosten für diesen Aufwand im Haushalt müssen am Jahresabschluss bei der Veranlagung in Abzug gestellt werden. Verursache doch durch eine Eingabe beim Finanzamt die Anerkennung der Abzüge zu erreichen. Möglich ist es.

S. M. Ja, die Sätze sind etwas geändert, der Sinn nicht entfällt, sondern klarer. Man kann nicht gut reden von „Erschütterung der politischen Atmosphäre“, kann weiter nicht in der Zukunft leben vom „Durchgebrachten“. Durch die Menderung sollte auch durchaus nicht der Einsender „als unzurechnungsfähiger, blöder Mensch“ hingestellt werden, sondern Deine Schlussfolgerung im Briefe zeigt etwas von Verfolgungswahn und allzu großer Einbildung. Im übrigen haben wir ja eine Beschwerdebearbeitung! Der Sinn Deines Artikels „für die Verschmelzung“ ist durchaus nicht entstellt; wollte sogar in Deinem Interesse die alte Postgeschichte in bezug auf die Karenzzeiten streichen, bin jedoch froh, es nicht getan zu haben. Eine richtigstellung ist tatsächlich überflüssig, weil es Nebenfragen sind. Eine erneute Einwendung kann eventuell Aufnahme finden, soweit Raum vorhanden und nicht andere Einwendungen von Kollegen vorliegen, die noch nicht zum Wort gekommen sind.

M. L. Können keinen Gebrauch machen von Deinem Angebot. Wir beziehen bereits die neue Auflage, die in Lieferungen, je nach Fertigstellung, herausgegeben wird.

Anzeigen

Diegler's Schriftzeichnererei
Schieben (Hefen), Eicher Straße 37
Schriftschmutter 25 Mark.

Tücht. Hand- u. Maschinen-
Schleifer auf blank clair stellen sof. ein
E. a. P. Quirbach, Bekdorf, Sieg

Ein tücht. Steinmetz auf Sand-
stein für dauernd gesucht. Ihm bietet sich
weitere Ausbildungsgelegenheit für Schrift-
hauer und Verzierungen. Kost und Wohn-
nung im Hause.

D. Schütz, Bildhauer, Dettelbach a. M.

Jung. Steinmetz auf Grabstein-
arbeit, der auch auf Grabsteinen
etwas Granit arbeiten kann, stellt sich
G. Kolloff, Steinbildhauer, Crivitz i. M. (Sg.)

Steinmetz (saub. Arbeiter, gesucht
für Dresdener Schriftlohn).
Albert Schaubert, Waldenburg i. Schle.

Jung. Steinmetz, Granitschrift-
hauer und Zeichner, bei dauernder Beschäftigung
sofort gesucht. Kost und Logis vorhanden.
Angehört mit Lohnansprüchen
Fris Wiedenuth, Pritzwalk (Bez. Potsd.)

1 tücht. Marmorarbeiter,
der gleichzeitig Schrift hauer kann, sofort
nach ortsbüchlichem Lohn gesucht.
**Ludwig Peterfen, G. m. b. H., Granit-
und Marmorwerke, Kiel.**

Tücht. Steinmetz für Sandstein
sofort gesucht.
Gg. Suttchen, Reichenbach in Schleien.

2 Bossierer auf Kleinspindel
sofort gesucht. Ludwig Sehnke, Granit-
steinbruch, Leisnig bei Dlagitz i. Sachsen.

Erfahren. Maschinen-Schleifer für Marmor
sof. in dauernder Stellg. gef. J. Melchert,
Marmorwerk, Dessau, Heidestraße 88.

Granitsteinmetzen (Schriftlohn).
Josef Krause, Schreiberhau (Siegengeb.)

Suche einen **Steinmetzen**, d. auch
tücht. lebig. **Steinmetzen**, Schrift-
hauer und Zeichner kann für Dauerstellg.
Stundenlohn 19,05 M., bei entsprechenden
Leistungen mehr. Reise wird vergütet.
Herm. Tedde, Steinbild., Sehnde (Sann.)

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingeleitet werden.)
- In **Strehlen** am 8. März der Hilfsarbeiter **Paul Schmon**, 26 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In **Löbau** am 27. März der Granitsteinmetz **Paul Behnisch**, 43 Jahre alt, Herzschlag.
- In **Nürnberg** am 30. März der Steinbildhauer **Johann Försch**, 46 Jahre alt; am 6. April der Sandsteinmetz **Georg Halbig**, 51 Jahre alt, beide an Lungentuberkulose.
- In **Mainz** am 9. April der Sandsteinmetz **Karl Kubetzschek**, 63 Jahre alt, Bruchoperation.
- In **Königshain** am 10. April der Granitsteinmetz **Ernst Paul**, 59 Jahre alt, Hüftgelenkentzündung.
- In **Reichenbach** (Odenwald) am 10. April der Granit-
steinmetz **Johannes Witsch III**, 35 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In **Büchberg** am 11. April der Hilfsarbeiter **Anton Wöltl**, 51 Jahre alt, Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag
von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.